

Wolffsche Arbeiter-Zeitung

Füre Waffe
im

Preussenwahlkampf!
Unentbehrliches Material
für jeden Funktionär!



für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fern-
sprecher 460 89. Postfachkonto: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Bord-
haus). Fernsprecher 439 02. Erscheinung der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Ver-
lag: Schlesiens Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer
Straße 50, Fernsprecher 460 89.

Was wollen die Kommunisten?

SPD.-Arbeiter! Kämpft in roter Einheitsfront für die zehn Kampf- forderungen der Arbeiterklasse gegen Hunger und Faschismus!

Die kommunistische Partei wendet sich an alle Werktätigen in Stadt und Land, in erster Linie an ihre sozialdemokratischen Klassengenossen, mit dem offenen Angebot, in roter Einheitsfront für die zehn Forderungen, die die KPD. in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes in Preußen stellt, gegen Hunger, Notverordnungs-
diktatur und Faschismus zu kämpfen. Die zehn Kampfforderungen der Arbeiterklasse, die mit allen Arbeitern in Betrieb und Stempelstellen, mit allen Werktätigen in Stadt und Land gründlich besprochen werden müssen, lauten:

1. Schluß mit dem Lohnabbau! Erhöhung der Löhne! Her mit dem Siebenstundentag, der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
2. Schluß mit dem Unterstüßungsabbau! Miet- und Kleiderbeihilfe für alle Erwerbslosen, Schaffung einer Erwerbslosenversicherung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit auf Kosten der Unternehmer und des Staates, Beseitigung der Zwangsarbeit für die jugendlichen Erwerbslosen.
3. Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen durch Bau von Arbeiterwohnungen und Sportplätzen, Badeanstalten, Schulen und Krankenhäusern.
4. Herabsetzung der Preise für alle Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Massenbedarfs durch Beseitigung des Zollwuchers und der Umsatzsteuer, Herabsetzung der Wuchertarife für Gas, Wasser, Elektrizität und Verkehr, Freifahrt für alle Unterstüßungsempfänger auf den städtischen Verkehrsmitteln.
5. Beseitigung der unerträglichen Kopfsteuer und Lohnsteuer für die Werktätigen, Herabsetzung der Wuchersteuern für das Kleingewerbe und für die Kleinbauern, Beseitigung der Umsatzsteuer, der Bier- und Getränkeverzehrssteuer, Einführung einer Millionär- und Dividendensteuer, Einstellung aller Zahlungen von Pensionen, Renten und Abfindungen an die Fürsten, Generäle, Maitressen, abgedankten Minister und Offiziere.
6. Herabsetzung aller Riefengehälter der Direktoren und der oberen Verwaltungsbürokratie, Heraufsetzung der Gehälter aller unteren Angestellten und Beamten.
7. Herabsetzung der Mieten, Einquartierung der kinderreichen Arbeiterfamilien in die leerstehenden Wohnungen und in die Großwohnungen der Besitzenden.
8. Deffnung aller geschlossenen Volksschulen, Wiedereinstellung aller entlassenen Lehrkräfte, Speisung der hungrigen Erwerbslosenkinder in den Schulen, ausreichenden Schutz für Mutter und Kind. Schluß mit der Kulturreaktion und allen Konkordaten. Trennung von Kirche und Staat!
9. Beseitigung der Demonstrationverbote, volle Versammlungs- und Pressefreiheit für die Arbeiterschaft, Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes, Schließung aller Nazikasernen. Schluß mit den faschistischen Urteilen der Klassenjustiz und den Polizeimaßnahmen gegen antifaschistische Kämpfer!
10. Schluß mit allen Tribut- und Zinszahlungen an das ausländische Finanzkapital. Austritt aus dem Völkerbund. Waffenkampf zur Verhinderung aller Kriegslieferungen und Munitionstransporte!

Wer ist gegen diese Forderungen? — Die Nazis, die SPD. und alle bürgerlichen Parteien!

Wer ist für diese Forderungen? — Das sind die Forderungen der Arbeiterklasse, die Forderungen aller Werktätigen in Stadt und Land!

Nur die rote Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei kämpft für die Lebensinteressen der Werktätigen!

Mobilisiert zum Massensturm gegen Hunger, Notverordnungs-diktatur und Faschismus in Braun-Schwarz-Preußen! Kämpft mit der KPD. für ein rotes Preußen im freien sozialistischen Räte-Deutschland!

Alle Macht der Arbeiterklasse! Wählt am 24. April die KPD.-Liste

Vorwärts zu neuen Kämpfen!

Vom Zentralkomitee wird uns geschrieben:

Die Präsidentschaftswahlen sind vorüber. Hitlerpartei und Hindenburg-SPD. erheben ein großes Siegesgeschrei. Aber die Not und maßlose Ausplünderung der Arbeiterschaft und der Werktätigen in Stadt und Land, die Unfreiheit, die faschistische Reaktion, die Knechtung durch das internationale Finanzkapital und die imperialistische Kriegshege sind geblieben. Kein Erwerbsloser hat einen Bissen mehr Brot als vor dem 10. April, keinem aus dem Millionenheer der Arbeitslosen, die seit Monaten, die seit Jahren auf dem Straßensplaster liegen, öffnet sich das Tor zu den Betrieben. Keinem Betriebsarbeiter wird am kommenden Sonntag ein Pfennig mehr in die magere Lohnkiste gesteckt. Kein Beamter und Angestellter erhält pünktlicher oder mit geringeren Abzügen sein Gehalt. Mittelständler und arme Bauern werden nach wie vor mit Wuchersteuern belastet. Die Obdachlosen bleiben ohne Dach überm Kopfe. Die ungezählten kinderreichen Proletarierfamilien, die in elenden Kellerlöchern, in Schuppen und kleinen Lauben zusammengepfercht hausen müssen, bekommen nach wie vor keine menschenwürdige Wohnung. Die Läger sind vollgestopft, aber die Armen in Deutschland, die riesige Millionen-schar der Werktätigen kann sich nach wie vor nichts kaufen. Der Hunger bleibt, die Not bleibt, die Ausbeutung bleibt.

Alle Parteien der Bourgeoisie haben bei der vergangenen Wahl mit heuchlerischen Versprechungen die Massen zu fördern versucht. Hitler war es, der ein „Reich der Macht und Herrlichkeit“ durch die Präsidentschaftswahl versprach. Der SPD.-Führer Solfmann war es, der das Versprechen abgab: „Zwanzig Millionen für Hindenburg — das sind Arbeit für eine Million Erwerbslose in Deutschland!“

Alle Versprechungen der bürgerlichen Klassenfront, von den Nazis bis zur SPD., erweisen sich als Lug und Trug. Nur die kommunistische Partei hat offen und unverblümt den Massen die Wahrheit gesagt. Nur die KPD. hat ihnen in den vergangenen Wahlkämpfen eingeschämert, daß niemals der

Stimmzettel eine Änderung ihrer Not, eine Durchführung ihrer wichtigsten Forderungen bringen kann, sondern nur der entschlossene einheitliche revolutionäre Kampf der Massen!

★

Die KPD. hat einen schweren Kampf bestanden. Manmäßig und als bewußtes Manöver gegen die revolutionäre Bewegung führte die Bourgeoisie vor den bevorstehenden Preußenwahlen und den Landtagswahlen in Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt, die Präsidentschaftswahlen durch. Die Bourgeoisie wußte, daß bei Präsidentschaftswahlen das Angebot der Millionen für die Klassenkandidatur der KPD. schwächer als bei jeder Parlamentswahl ausfallen würde, weil nur solche Arbeiter ihre Stimme für die revolutionäre Kandidatur abgeben würden, deren Klassenbewußtsein schon zu einem Höchstmaß revolutionärer Klarheit gediehen war. Die Bourgeoisie rechnete damit, daß beim zweiten Wahlgang auch zahllose revolutionäre Arbeiter der Wahlurne fernbleiben würden, von der irrigen Einstellung ausgehend, daß das Resultat ohnehin feststehe und der zweite Wahlgang nur noch eine Stichwahl zwischen Hindenburg und Hitler sei. Die Bourgeoisie hoffte, auf Grund dieser Stimmungen beim zweiten Wahlgang einen Einbruch der Hitler- und Hindenburgparteien in die Anhängerschaft der KPD. erzielen zu können. Die Bourgeoisie spekuliert darauf, mit dem Wahlergebnis der Präsidentschaftswahlen den revolutionären Elan, die revolutionäre Offensive der kommunistischen Partei bei den bevorstehenden Preußenwahlen und sonstigen Parlamentswahlen schwächen zu können.

Der Kampf-Fonds der Partei
wird immer wieder gestärkt werden

Kein Genosse
ohne Solidarität und Wirken

Der Versuch des Einbruchs der Hitler- und Hindenburgparteien in die Front des Kommunismus wurde abgeeschlagen. Von den fünf Millionen kommunistischen Wählern vom 13. März ging ein großer Prozentsatz am 10. April nicht zur Wahl. Nur ein sehr geringfügiger Teil ließ sich trotz des ungeheuren Aufgebots an strupellosester Agitation, gefälschten Flugblättern, schmutziger Verleumdungen der Gegner dazu verleiten, einem oder dem anderen Kandidaten der Bourgeoisie ihre Stimme zu geben. Daß es schwerlich gelingen könnte, die Stimmen vom 13. März am 10. April zu halten, hat die KPD. mit nüchternen Klarheit vor der Wahl in ihren Versammlungen und in ihrer Presse ausgesprochen. Die Tatsache aber, daß der wilde Ansturm der Klassenfeinde, die mit dem Einlag aller Wuchermittel des kapitalistischen Staatsapparates, mit einer Millionen und aber Millionen verschlingenden Papierflut von Flugblättern, Zeitungen, Plakaten, mit Rundfunk, Kirche, Schule, Polizei, mit Fälschung und Verleumdung gegen uns heften, abgeschlagen werden konnte, ohne daß ihnen, von einigen wenigen Ausnahmen an einzelnen Stellen Deutschlands abgesehen, ein Einbruch gelang, — diese Tatsache ist ein Erfolg des zähesten, unermüdeten Kampfes unserer Partei und der revolutionären Arbeiterschaft. Wo diese Abwehr nicht gelang, ist dies auf die ungenügende außerparlamentarische Kampfmobilisierung zurückzuführen.

Den hunderttausenden roter Wahlhelfer, allen, die uns tapfer zur Seite standen, die in den kurzen Tagen der legalen Wahlkampagne, eingeeengt durch den Osterburgfrieden und die übrigen Gewaltmaßnahmen der Bourgeoisie, ein Höchstmaß an revolutionärer Pflichterfüllung leisteten, gilt die Anerkennung und der Dank der Partei.

★

Bourgeoisie und SPD. spekulieren darauf, mit der Tatsache, daß bei Präsidentschaftswahlen für die Klassenkandidatur der KPD. ein geringeres Aufgebot an kommunistischen Stimmen als bei üblichen Parlamentswahlen erzielt werden konnte, nun den Angriffsgeist der revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen bei den Wahlen vom 24. April, sowie in der gesamten außerparlamentarischen Kampfmobilisierung beeinträchtigen zu können. Aber Hunderttausende von Kommunisten, Millionen und

aber Millionen revolutionärer Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter und leidender Werktätiger in Stadt und Land, werden ihnen in den kommenden Wochen einen furchtbaren Schlag durch die Revolution machen! Die KPD durchkreuzt diese demagogischen Pläne, Trugs und Klischees der bürgerlichen Strategie. Die KPD stand am Morgen nach dem 10. April und steht heute und jeden Tag marschbereit zu neuer Offensive, zu neuem Vormarsch und neuen Angriffen im Interesse aller Unterdrückten im Lande. Jeder Kommunist, jeder rote Wahlhelfer, jeder klassenbewußte Arbeiter, Jungarbeiter und Werktätige kennt die große Verantwortung der nächsten Tage und Wochen.

Die Przewenwahlen, die Wahlen in den übrigen Ländern, insgesamt auf fünf Sechsteln Deutschlands müssen zu einer wichtigen Abrechnung mit dem verabschiedeten System der kapitalistischen Mißwirtschaft, mit der sozialen Notverordnungsdictatur der Bourgeoisie, mit dem totalitären Terrorprogramm der Hitlerpartei und dem sozialfaschistischen Betrugsmanöver des „Meinereis Nebels“ ausgenutzt werden.

Die Wahlkampagne dieser und der nächsten Woche, die von der gesamten Partei in allen revolutionären Massenorganisationen mit einem Höchstmaß revolutionärer Energie und Leidenschaft, in höchstem jüdischen Angriffsgeist geführt wird, muß dazu dienen, breiten Massen der Arbeiter und Werktätigen Klarheit über den Weg und über die Politik der KPD zu verschaffen. Diese Wahlkampagne muß dazu benutzt werden, Millionen von Arbeitern und Werktätigen in ganz Deutschland die Augen darüber zu öffnen, auf welchem Wege und mit welchen Methoden sie allein gegen ihr Elend, ihre Unfreiheit und für ihre eigenen Lebensforderungen zu kämpfen vermögen.

Wie kann der Faschismus geschlagen werden? Diese Frage, auf die allein die kommunistische Partei eine Antwort des wirklichen Kampfes zu geben vermag, beschäftigt heute Millionen von Arbeitern und Werktätigen, die noch in den Reihen der Sozialdemokratie und des Zentrums, noch unter dem Einfluß der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie stehen. Die Brüning-Severing-Diktatur selbst betreibt die Faschisierung Deutschlands auf dem Wege der Notverordnungen, der Entrechtung des Proletariats und der kapitalistischen Ausplünderungspolitik gegen die Massen. Auch der Hitlerfaschismus kann nicht mit einem Stimmzettel, sei es für Hindenburg, sei es für Severing und Braun, aufgehoben werden. Diese Tatsachen werden viele sozialdemokratische Arbeiter, viele Hindenburgwähler vom 10. April schon in den nächsten Tagen durch die wachsende Koalitionsbereitschaft der Hindenburgfront gegenüber den Nazis, wie durch die bevorstehenden neuen Notverordnungen erkennen können. Auch den Proletariern im Reichsbanner muß der Mordterror der Nazis die Augen öffnen, der durch keine Hindenburgwahl, wohl aber durch den gemeinsamen Massenstreik und die Reichsbannerkameraden mit uns Kommunisten geschlagen werden kann.

Nur die KPD als die einzige antifaschistische Kraft kämpft gegen beide Flügel der faschistischen Front. Sie kämpft gegen die Hitler-Jugend, die die brutalste, unerbittlichste, offene faschistische Diktatur in Deutschland anstreben, die mit Galgen und Zuchthäusern das heutige System der kapitalistischen Barbarei und der Zins- und Tributnechtheit der deutschen Werktätigen unter der Krone des internationalen Finanzkapitals aufrechterhalten und verewigen wollen. Sie kämpft gegen die Brüning-Groener-Severing, die mit Notverordnungen, Presseverboten, Belagerungszustand, Raub der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, Streikunterdrückung und Polizeigewalt die Politik der Durchführung der faschistischen Diktatur auf taktischem Wege betreiben. Nur die KPD als die einzige antifaschistische Partei hat in der Vergangenheit und wird in der Zukunft den Kampf gegen den Faschismus führen. Wer den Faschismus schlagen will, muß mit ihr marschieren, muß am 24. April Kommunisten wählen.

Wie können die Erwerbslosen Arbeit und Brot, eine menschenwürdige Existenz erkämpfen? Nur eine Partei ist verbunden mit den grauen Kolonnen des Elends auf den Stempelstellen und Arbeitsnachweilen, nur eine Partei tritt rüchlos für ihre proletarischen Forderungen ein: die KPD!

Es muß Schluß gemacht werden mit dem Unterstützungsabbau! Die Massenaktionen der Erwerbslosen, im Bündnis mit den Betriebsarbeitern, für die proletarischen Arbeitsbeschaffungsforderungen, für den Bau von Arbeiterwohnungen, Schulen und Krankenhäusern, Sportplätzen und Badeanstalten, für die Schaffung einer Erwerbslosenversicherung auf Kosten der Unternehmer und des Staates für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit, für die Beseitigung der Zwangsarbeit der jugendlichen Erwerbslosen, — dieser ganze Massenkampf der Erwerbslosen wird nur von einer Partei propagiert, nur von einer Partei mit allen Kräften rüchlos geführt: von der KPD!

Die KPD ist die einzige Partei der Millionen Erwerbslosen. Wer von den Erwerbslosen den Kampf gegen das Hungerdasein, für Arbeit und Brot führen will, muß mit der KPD marschieren, muß am 24. April Kommunisten wählen!

Wie kann die kapitalistische Mißwirtschaft, das bankrotte kapitalistische System beseitigt werden? Nur eine Partei steht diesem System in unerbittlicher Feindschaft gegenüber und hat das Ziel, an die Stelle der Diktatur der Bourgeoisie die Herrschaft der Arbeiterklasse und den Sozialismus zu setzen. Nur sie allein führt den Tageskampf der Armen gegen die Reichen.

Nur die KPD, verbunden mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition, mobilisiert unermüdet die Betriebsarbeiter zum Streikkampf gegen den Lohnabbau der Unternehmer. Nur sie führt den Kampf gegen die unerträglichen Wuchersteuern, den Kampf der Massen für die Beseitigung der Kopfsteuer und Lohnsteuer, für die Beseitigung der Umsatzsteuer, der Bier- und Getränkesteuern, den Kampf für die Einstellung aller Tributzahlungen an die Fürsten, Generale, abgedankten Minister und Offiziere, nur sie führt den Kampf für die Einführung einer Millionären- und Dividendensteuer, für die Herabsetzung aller Kniegehälter für die Generaldirektoren und der oberen Verwaltungsbürokratie und für die gleichzeitige Herausziehung der Gehälter der unteren Angestellten und Beamten.

Nur die KPD kämpft unter der Losung: Herunter mit den Preisen! für die Verbilligung aller Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Massenbedarfs durch die Beseitigung

SPD.-Führer gegen die Forderungen der Arbeitslosen und Betriebsarbeiter

Sturm im Preussischen Landtag — Die Änderung der Geschäftsordnung gegen kommunistische Obstruktion angenommen

Die kommunistische Partei hat die nochmalige Einberufung des Preussischen Landtages gefordert, um gegen die Unterdrückung der Lebenswünsche Arbeiterklasse Protest zu erheben und um die dringendsten Forderungen der betriebsständigen Arbeiter sowie der Arbeitslosen zu verhandeln. Die Regierungsparteien führten aber aus einem anderen Grunde die Einberufung des Landtages herbei, sie wollten die Geschäftsordnung so ändern, daß das Kabinett Braun-Severing nach den Wahlen als Geschäftsministerium weiterbestehen kann, bis die Regierungsverhandlungen mit den Nazis zum Ziel geführt haben. Am 12. April, als der Landtag am 12. April zusammengetreten war, fehlten

sich die kommunistischen mit aller Energie für die Bekämpfung der Forderungen der Arbeitslosen und betriebsständigen Arbeiter einmütig ein. In diesem Land eine Umstellung der Tagesordnung, die die Forderungen der Arbeiterklasse über die Regierungsparteien mit sich bringt, die SPD.-Führer die Umstellung der Tagesordnung ab, um gegen kommunistische Obstruktion zu handeln, ließ die Änderung der Geschäftsordnung angenommen.

Die kommunistische Landtagsfraktion gab dazu folgende Erklärung ab:

„Der Versuch der Koalitionsparteien, im letzten Augenblick vor den Neuwahlen die Geschäftsordnung insoweit zu ändern, daß das Kabinett Braun-Severing nach den Wahlen als Geschäftsministerium weiterbestehen kann, wird von der kommunistischen Fraktion mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie und des Kabinetts Braun-Severing ist gekennzeichnet durch grenzenlose Massenverleumdung und durch zunehmende Faschisierung. Der „Vorwärts“, Tarnow, der Führer des KPD, und vor wenigen Tagen Severing, haben sich unzweideutig für ein Zusammengehen mit den Hitler-Faschisten erklärt. Severings Aktion gegen die SA, lediglich den Zweck, der Arbeiterklasse eine gar nicht vorhandene Gegnerschaft der preussischen Regierung und der Sozialdemokratie gegen den Hitler-Faschismus vorzutäuschen. In Wirklichkeit soll die Hitler-Bewegung jenen Schein von Legalität verschaffen, der ihr in den Augen der Bourgeoisie vollends regierungsfähig macht. Die Arbeiterklasse läßt sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Hitler-Faschismus und der Sozialfaschismus das gleiche Ziel verfolgen, nämlich die Ausbeuterherrschaft des Großkapitals gegen den revolutionären Massenkampf zu sichern. Den revolutionären Massenkampf für die Beseitigung des Systems Braun-Severing als auch gegen den Hitler-Faschismus zu organisieren, das ist die Aufgabe, die die kommunistische Fraktion jede Beteiligung an dem Geschäftsordnungsmanöver der Koalitionsparteien ab.“



Genossen! Der Plan der Stoßbrigaden.

ermöglichte den russischen Genossen die Durchführung des Fünfjahresplanes in vier Jahren. Auch unsere Genossen müssen sich mit dem Werbeplan für die „Arbeiter-Zeitung“ befassen und einen Stoßbrigaden-Plan für schnellere Erfüllung des Werbezieles aufstellen! Das ist die beste Agitation, die beste Mobilisierung der Werktätigen für ein rotes Preußen. Jeder Parteigenosse, jede Genossin als Ziel: Mindestens 1 Abonnenten für die „Arbeiter-Zeitung“! Beginne noch heute mit der Werbung!

des Zollwuchers, durch die Herabsetzung der Wuchertarife für Gas, Wasser, Elektrizität und Verkehr, durch die Herabsetzung der Mieten.

Tausende Wohnungen von 7, 10 und 12 Zimmern stehen leer. Tausende von Großwohnungen und Villen werden von den Besitzenden für ihren Luxus beansprucht. Die KPD ruft die Massen zum Kampf für die Einquartierung der kinderreichen Arbeiterfamilien in diese Wohnungen.

Arme Bauern, Bauernlöhne, Landarbeiter hungern nach Land. Die KPD ruft sie zum Kampf für die kostenlose Ueberlassung des Großgrundbesitzes.

Alle diese Forderungen können nur im revolutionären Massenkampf der Arbeiterklasse und der mit ihr verbundenen und von ihr geführten Werktätigen aus Mittelstand und Bauernschaft, aus der Masse der Angestellten und Beamten durchgesetzt werden. Dieser Kampf erfordert die gesammelten Kräfte der proletarischen Massen, die rote Einheitsfront gegen Hunger und Faschismus. Wenn die Arbeiter einheitlich zum Kampf entschlossen sind, muß an ihrer Front jeder Anschlag der Bourgeoisie scheitern. Keine Notverordnung ließe sich gegen die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse durchsetzen.

Nur eine Partei ruft die Massen zu diesem Kampf, weil sie nicht verbunden ist mit irgendeiner Clique des Finanzkapitals, weil sie nicht als Arzt, sondern als Totengräber des kapitalistischen Systems betätigt: Die kommunistische Partei ist die einzige antifaschistische Partei, die einzige Partei des revolutionären Auswegs aus der Krise, die einzige Partei des Sozialismus!

Wie kann der vergangene imperialistische Weltkrieg, dessen Siegermächte bis auf den heutigen Tag die deutschen Werktätigen mit Hilfe der deutschen Bourgeoisie und Sozialdemokratie bis auf den Grund auslagern, liquidieren, wie kann das Massenmorden eines neuen imperialistischen Weltkrieges verhindert werden? Die kapitalistische Reparationspolitik mit ihrer Tributflaurei des deutschen werktätigen Volkes unter den Ketten von Versailles und den Weltjünglings des räuberischen Youngplans kann niemals durch ein kapitalistisches Deutschland gebrochen werden. Niemals kann ein kapitalistisches Deutschland eine Politik des Friedens betreiben. Nur der Sturz des kapitalistischen Systems bedeutet das Ende der Tributflaurei und zugleich das Ende der imperialistischen Kriegspolitik.

Keine Partei, die mit dem heutigen System auf Gedeih und Verderb verbunden ist, wie die Nazis oder die SPD, vermag an den Fesseln des Versailles Vertrages ernstlich zu rütteln. Jede bürgerliche Partei nimmt teil an der Kriegshege und den Kriegsvorbereitungen der Weltbourgeoisie gegen die Sowjetunion und unterstützt schon heute die räuberischen Kriegshandlungen des japanischen Imperialismus. Nur eine Partei mobilisiert praktisch zum Kampf gegen Tributflaurei und gegen imperialistischen Krieg.

Indem die KPD die Massenaktionen der Betriebsarbeiter, Erwerbslosen, Angestellten, Beamten, leidenden Schichten des städtischen Mittelstandes und der werktätigen Bauern gegen Lohn-

abbau, Gehaltsabbau, Unterstützungsabbau und Wuchersteuer auszulösen sucht, verweigert sie der Bourgeoisie die Tributflaurei der Werktätigen, aus denen die Tributmilliarden für das internationale Finanzkapital werden.

Indem sie Streiks und Massenaktionen gegen alle Arten von Kriegslieferungen und Munitionstransporten propagiert und vorbereitet, führt sie als einzige antimperialistische Partei den Kampf gegen den imperialistischen Krieg.

Die KPD ist die einzige Partei des Kampfes gegen den Youngplan und gegen den imperialistischen Krieg. Wer den Aufstieg des deutschen werktätigen Volkes aus der Knechtschaft von Versailles erkämpfen, wer die imperialistischen Kriegsmächtern das Handwerk legen will, muß mit der KPD marschieren, muß am 24. April Kommunisten wählen!

Vorwärts zum Sturm! Gegen den blutigeren Hitlerfaschismus, gegen das Preußenbollwerk der Reaktion, gegen die Notverordnungsdictatur der Hindenburg und Brüning, der Groener und Severing, gegen kapitalistische Ausplünderung und Youngplanlaverei, gegen imperialistische Kriegsvorbereitungen helfen keine Worte, sondern nur die Taten des revolutionären Klassenkampfes. Entschloß in jedem Betrieb den Kampf für höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen! Organisiert auf den Stempelstellen die Kraft der Millionen Erwerbslosen zum Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit!

Kein klassenbewußter Arbeiter, keiner aus der Millionenchaar der Erwerbslosen, keiner von all den Opfern der Notverordnungs politik kann sich am 24. April dafür einsehen, daß die Politik der Braun und Severing, dieser festesten Stützen der Brüningherrschaft fortgesetzt wird. Gegen das Braun-Severing-Preußen, in dem die revolutionäre Arbeiterbewegung gefeindet und der Nazifaschismus großgezüchtet wird, gibt es für sie alle nur den schonungslosesten Kampf! Wer Hitler und Jugenberg schlagen will, muß auch gegen Braun und Severing kämpfen!

Der Partei am 24. April die Stimme zu geben, die an der Spitze der Millionen den revolutionären Klassenkampf führt, — das heißt zugleich, sich einzureihen in die große rote kämpfende Einheitsfront der Arbeiter und Werktätigen gegen Hunger, Faschismus und imperialistischen Krieg! Das heißt zugleich, wichtiger und mitreißender das Kampfsignal über ganz Deutschland erschallen zu lassen, das die Launen und Zögernissen mitreißt, das den Verzweifeltsten neuen Mut geben soll, das das Kampfsignal der vorwärtsstürmenden Freiheitsarmee des Sozialismus!

Darum heißt die Parole, die in den nächsten Tagen und Wochen millionenfach über Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt und damit über fünf Sechstel von ganz Deutschland erschallen und zugleich das Signal für Streiks, Massenaktionen und Kämpfe geben muß:

Am 24. April Kommunisten wählen!

Rüstet in allen Orten zum Reichs-Erwerbslosentag am 19. April

Nazi-Erwerbslosen-Versammlung mit „Rot Front“ geschlossen

Erwerbslose und Betriebsarbeiter demonstrieren am 19. April für die Arbeitsbeschaffungs-forderungen der KPD.

Reichenbach O.R. Am Freitag, dem 8. April, hatten die Nazis zu einer Erwerbslosenversammlung im Lokal zur Sonne angerufen. Hätten die Nazis gewußt, welchen Schlag sie sich damit verfehlten, so hätten sie herzlich gern die Finger davongelassen.

Als angelegtes Thema galt die Arbeitsbeschaffung. Lange mußte man warten, bis der Referent der Nazi auf dieses Thema kam. Er zog es vor, sich mit Schimpfwörtern über die „rote Mordpest“ zu beschäffeln und sich an idiotische Phrasen zu halten, die der Arbeiter-schaft von Reichenbach wenig imponierten, so daß der Naziführer oft verzickelt wurde.

In der Diskussion gelang es unseren Genossen, den Anwesenden zu zeigen, mit welchen Mitteln die Faschisten kämpfen und was wir von einem „Dritten Reich“ zu erwarten haben. Dieses packte den Herren Nazis nicht. Sie versuchten vergebens, unseren Genossen am Reden zu hindern. Unser Genosse setzte unbeirrt seine Rede fort. Die Arbeiter von Reichenbach antworteten ihm zum Schluß mit einem kräftigen „Rot Front“.

Nach unserem Genossen sprach ein SPD-Arbeiter, der hauptsächlich seine Wogen zu schäpfen suchte. Zum Schluß sangen die KPD-Arbeiter die Internationale. Alle Anwesenden stimmten mit ein. So gab die Klassenbewußte Arbeiterkraft von Reichenbach den Nazis die richtige Antwort.

Nur im revolutionären Kampf unter Führung der kommunistischen Partei werden die Arbeitsbeschaffungs-forderungen der KPD.

verwirklicht. Die Nazis bringen den Arbeitern auch nur das, was Hindenburg brachte: Massenentlassungen, Lohn- und Unterstützungs-raub, Zwangsarbeit und faschistischen Terror. Gegen Hitler-Hindenburg-Zerewing marschieren die Arbeitslosen und Betriebsarbeiter am Reichserwerbslosentag unter dem Freiheitsbanner der Kommunisten und der KPD auf.

Arbeitsdienstpflcht in Wülfegiersdorf!

Wülfegiersdorf-Blumenau. Hier versucht der Schmiedemeister und Nazi Marschall, sowie der bankrotte Schlossermeister und Gemeindevorsteher a. D. Hermann Jugler eine „freiwillige Arbeitsdienstpflcht“ aufzuziehen. Mit Lug und Trug versuchen diese beiden zu diesem Zweck Unterchriften von den Arbeitern zu erlangen. Der zukünftige Wogze des Dritten Reiches Wilhelm Marschall, sowie Hermann Jugler, wollen auf diese Art und Weise unter den Einwohnern bekannt werden. Wir erinnern die Einwohner an die Taten und Arbeiten, die der genannte Wogze als Gemeindevorsteher durchführte. Arbeiter, gebt diesen Nazibanditen die richtige Antwort, indem ihr mit Ernst Thälmann gegen die faschistische Arbeitsdienstpflcht, in der die Jungarbeiter nur zu einer Streikbruch- und Faschistengarde, für den Krieg gegen die Sowjetunion erzogen werden sollen, kämpft. Jungarbeiter zum Kampf gegen Arbeitsdienstpflcht reißt euch ein in den kommunistischen Jugendverband!



Sechs neue Kämpfer für die rote Front

Primkenau. Am vergangenen Donnerstag hatten wir ausgerufen zu einer Erwerbslosen-Kundgebung auf dem Marktplatz. Hunderte von Proleten lauschten den Worten des Genossen Honisch, der in markigen Worten die ganze Unfähigkeit des kapitalistischen Systems klarlegte und uns den Ausweg aus der Krise zeigte. Zur selben Zeit formierten sich die SA-Horden Adolf Hitlers zu einem Anzug durch unsere Stadt. Ganz Primkenau lacht heute noch darüber, daß in diesen SA-Horden Leute marschieren, die als größte Verbrecher bekannt sind. Die ehrsüchtigen Proletarier lehnen vor Eitel solchem Gefindel den Rücken.

Am demselben Tage veranstaltete die „Eiserne Front“ eine Vertrauenskundgebung für Hindenburg. Wir wollten diese Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, ohne den berirrten SPD-Proleten den Verrat ihrer Führer klarzulegen. Aber siehe da, als wir in der Versammlung erschienen, verneigte man dem Genossen Honisch den Eintritt in den Saal mit der Begründung, er wäre „ein auswärtiger Bolschewik“. Hossentlich haben die SPD-Proleten gemerkt, daß man ihnen bewußt vorenthält, die Wahrheit zu erfahren. Weil die SPD-Wogzen dem Genossen Honisch das Schwören verboten haben, hatten wir für Freitag abend zu einer öffentlichen Versammlung ausgerufen, in der Genosse Honisch sprach. Trotzdem die SPD dazu eingeladen war und eine Stunde Redezeit zugewilligt erhielt, triffen die SPD-Wogzen auch hier. Genosse Honisch brandmarkte in seinen Ausführungen das Verhalten der SPD-Führung ausreichend, so daß am Schluß der Versammlung sich sechs Proleten als aktive Kämpfer in unsere Front einreihen. Im Rahmen der Diskussion ergriff Genosse Graf Berlin das Wort und schilberte den Besuchern das Leben der Arbeiter in der Sowjetunion und legte ein begeistert aufgenommenes Besenntnis ab für ein rotes Preußen in einem Sowjetdeutschland.

Ein letztes „Rot Front“ dem Genossen Keil

Saganau. Mählich und unerwartet entriß uns eine heimtückische Krankheit einen unserer besten Genossen. Stets war der Genosse Herrmann Keil bereit, die Sache des Proletariats zu vertreten, und erwarb sich durch seine unermüdete Arbeit bei allen Genossen und Landarbeitern höchstes Vertrauen. Wir werden dem Genossen Hermann Keil das beste Andenken bewahren, indem wir uns restlos verpflichten, unermüdet für die proletarische Sache zu kämpfen. Ein letztes „Rot Front“ dem lieben Genossen!

Öffentlicher Lichtbildervortrag

Bunzlau. Freitag, den 15. April, 20 Uhr, im Gasthof „Stadt Bunzlau“. Ansprache über Notverordnungs-vollzug, imperialistischer Krieg und Preußen-mahlen. Referent: Genosse Heiden, Breslau. Anschließend Film-bilder-Vortrag: Der Aufbau des Sozialismus und die Verfolgung der Kriegs- und Arbeitsopfer in der Sowjetunion. 110 Bilder. Eintritt 20 und 30 Pfg.

Breslauer „Fanfare“ in Waldenburg

Sonnabend, den 16. April, um 19 Uhr, findet im „Jester“ in Ober-Waldenburg das Pressefest des Kampfbundes gegen den Faschismus statt. Im Theaterprogramm spielt der Antikommunisten-Verein „Schwammwäcker“ und verschiedene Einlagen der Jungpioniere Altwasser. An das Programm anschließend Tanz. Eintritt 30 Pfg., Tanz 20 Pfg. Programme sind bei allen KPD-Genossen erhältlich. Hierzu ladet alle Interessenten ein Kampfbund gegen den Faschismus Ortsgruppe Waldenburg.

„Eiserne Front“-Mette in Tunkendorf

Am Mittwoch, dem 6. April, machte sich die „Eiserne Front“ die Mühe, um hier am Orte eine Versammlung abzuhalten. Grund dafür war das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl, da die SPD ein Stimmenverlust erlitt, und die KPD 76 Prozent gewann. Es erschienen zwei Referenten, 15 Reichsbanner-mitglieder und ein Versammlungsbefucher, der auch stark von der genannten Front angehaucht ist. Außerdem gaben sich die Herrschaften die Mühe, am Sonntag vorher eine Kundgebung am genannten Orte zu veranstalten, was ihnen aber beides mißlang. Wir werden die Antwort der „Eisernen Front“ an den Wahlen geben!

Unwetter zerstört das Besitztum des armen Landvolkes

Schweres Unwetter über der Grafschaft Glatz — Notgemeinschaft werktätiger Bauern organisiert die Hilfsaktion für die Betroffenen

Mittheide. Die Unfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft, die Folgen größerer Naturkatastrophen abzuwenden, zeigen die letzten Ueberflutungen in der Grafschaft Glatz voll und deutlich. Die in der letzten Woche auftretenden Gewitter, brachten wolkenbruch-artige Regengüsse mit sich. Dazu kam noch, daß durch die plötzlich eintretende Schneeschmelze die Gebirgswässer anschwellen, und ungeheure Wassermassen mit sich führten. Das Gewitter voriger Woche, daß sich besonders über Mittheide entlud, brachte es mit sich, daß die Weistritz die Wassermassen nicht mehr fassen konnte, und in weitem Umkreis die Felder überflutet wurden. Die Landstraßen waren teilweise unpassierbar geworden. In Mittheide selbst haben die durch das enge Flußbett aufgestauten Wassermassen, erhebliche Schäden an den umliegenden Häusern angerichtet.

In der Nacht zum Mittwoch stürzte die Rückwand der Wirtschafts-zäume des an der Weistritz gelegenen alten Kurtheaters ein. Die Flut war hier so stark, daß sie die aus großen Quadernsteinen bestehende Grundmauer völlig untergrub. Gegen 4 Uhr morgens war die Fortführungsarbeit des Wassers soweit fortgeschritten, daß in einer Breite von 12 bis 15 Metern die ganze Seite des Hauses zusammen-würzte. Ueber diesen Vorfall berichten alle bürgerlichen Zeitungen. Wo aber steht etwas über die vom Hochwasser betroffenen Häuschen der armen Bauern, der Häusler, der notleidenden Landbevölkerung? Wo steht etwas über die verwüsteten Felder? Man wird für das alte Kurtheater Geld beschaffen. Und für die vom Hochwasser betroffene arme Landbevölkerung? Die kapitalistischen Sparmaßnahmen, zeigen hier wieder die Unfähigkeit der heutigen Gesellschaft. Millionen werden den Finanz-, Strauß- und Schlotbaronen geschenkt. Für Fluß-regulierungen diese Gelder zu verwenden, denkt man nicht daran. Die werktätigen Bauern müssen sofort Maßnahmen zum Kampf um Hochwasser-schäden beschließen. Wir fordern sofortige Unterstützung der betroffenen armen Landbevölkerung. Die „Notgemein-schaft werktätiger Bauern Schlesiens“ fordert alle Betroffenen auf, sofort zu berichten, inwieweit sie selbst Schaden erlitten haben. Die sofortige Einreichung in die Notgemeinschaft werktätiger Bauern ist das Gebot der Stunde. Nur die geschlossene Front der Kleinbauernschaft mit den Betriebsarbeitern und Erwerbslosen, wird imstande sein, allen Notleidenden Hilfe zu schaffen. Meldet sofort eure Ansprüche an die Adresse: Notgemeinschaft werktätiger Bauern, Schlesiens, Breslau, Werderstraße 37.

Untertanengeist in der Schulentlassungsfeier

Freiburg. Am 1. Osterfeiertag fand im Kino eine Feier statt, deren Inhalt „freigeistig“ sein sollte. Selten aber war wohl soviel Untertanengeist beizukommen. Die Veranstaltung, welche die Jugend-weihe von 4 Schülern, resp. Schülern der weltlichen Schule in sich schloß, war ein Schlag ins Gesicht aller Arbeiter. Die Rede des Dozenten Stauffer von der Freireligiösen Gemeinde, war eine derartige Beleidigung für alle proletarisch Denkenden, wie sie empörender garricht geboten werden konnte.

Im Zeichen der Notverordnungen, im Zeichen des ver-ordneten Ostersfriedens, schärfster Reaktion, wagte es dieser Mann, von der „freien Republik“ der Welt zu schwafeln und den „erhebenden“ Farben Schwarz-Rot-Gold.

Nur der Charakter der Veranstaltung schützte ihn vor Zwischenrufen der empörten Zuhörer. Nachdem dieser Schelm sich ausbalduert hatte über die „Freiheit“, die ihm ja gut zu bekommen scheint, beschwerte sich der unvermeidliche Vorsitzende der Stiefmütterchen Ge-meinde, Weistritz, über die Unterdrückung infolge des Verbots „freigeistiger Morgenfeiern“ im Rundfunk. Wir können nicht daran glauben, daß er seinem Freund Stauffer mit Absicht diese mora-lischen Ohrfeigen für seinen Schwanengesang erteilte. Aber die Eltern, welche ihre Kinder in die weltliche Schule schickten, fragen sich mit Recht: Ist dies der Geist, welcher in der Schule herrscht, die die Kinder zu „leidenden Menschen“ erziehen helfen soll?

Diese, wirklichkeitsfremde, geradezu heuchlerische Aufmachung der Feier, ist nichts für Kinder eines Proletariats, welches im schärfsten Glend aufwächst. Schon immer hat die Freireligiöse Gemeinde ver-sucht, Einfluß durch diese Feiern auf die Jugend zu erhalten. Die

Erfolge dabei in der Vergangenheit, die Rede Stauffers befestigen bei den Eltern den Entschluß: Nie wieder! Dazu sind unsere Kinder zu gut. An der Elternvereinigung wird es liegen, hier entschlossen einen Riegel vorzuschieben.

Für die proletarischen Freidenker gibt es hier eine wichtige Arbeit.

Fürst von Pleß — Feind der Armen!

Langwaltersdorf. Ein Arbeitsloser mit fünf Kindern hatte sich im Herbst einen Haufen Holz mit Erlaubnis geschleppt. Beim Ab-holen des Holzes machte sich der Arbeiter eine Dierre um, da kam der Waldwärter Siendermann und machte Krach, worauf der Arbeiter das Holz liegen ließ (lieber kann es verkaufen). Am 23. März kam nun der Gerichtsvollzieher und wollte die nicht dem A. gehörenden Kaninchen plündern. Das Ergebnis also gleich Null. (Was wird jetzt noch werden?) Siendermann, echt katolischer Ge-meindevorsteher, hat es also fertig gebracht, den Vater einer sieben-söpfigen Familie wegen „Holzdiebstahls“ zur Anzeige zu bringen, damit der Fürst von Pleß nicht verarmt. Wir nehmen an, daß Siendermann das aus Rache gegen A. gemacht hat, weil A. sich er-dreiste, Klage gegen die Forstverwaltung wegen Tarifstreitig-keiten zu erheben. Zu gleicher Zeit möchten wir mal beim Preis-ausschuh anfragen, ob das Gerücht wahr ist, daß der Kreis-ausschuh 3000 Mark Steuerschulden, die der Fürst von Pleß an die Ge-meinde Langwaltersdorf zu zahlen hat, ganz einfach ge-strichen hat? Und warum wird das der Gemeindevorstellung nicht anheimgestellt? Bitte Antwort!

Öffentliche Versammlungen in Bunzlau

Am Mittwoch, dem 13. April, 20 Uhr, im Gasthof „Stadt Bunzlau“. Thema: „Wer führt die Notverordnungen in Preußen durch?“ Redner: Genosse Bender, Görlitz.

Gemeinde-Vorsteher Reuschel als Arbeitgeber!

Rothensbach. Reuschel ist seit circa vier Jahren Gemein-de-vorsteher in Rothensbach und ist auf Grund der immerhin gut-besoldeten Stellung nun in der Lage, sich eine Villa in Rothensbach zu bauen. Er kaufte sich zu diesem Zwecke von der Gemeinde ein Bau-gelände und hat vorige Woche mit den Ausschachtungsarbeiten be-gonnen. Die Gemeinde Rothensbach besitzt mehrere hundert Woh-l-fahrtsempfänger. Ein Teil von ihnen hoffte bestimmt, einige Wochen Arbeit zu bekommen. Aber diese Wohlfahrtsempfänger hatten die Rechnung ohne Herrn Reuschel gemacht, dessen Sparstirn ihm eine andere Methode eingegeben hat. Reuschel läßt die Wohlfahrtsempfänger weiter hungern, dafür beutet er die letzte Arbeitskraft von sieben Vollinvaliden aus. Er hat sich ausgerechnet, daß die Invaliden einige Mark Rente bekommen, und Reuschel zahlt den fälligen Lohn von 20 Pfennig die Stunde dazu. Auf Grund dieser Methode braucht er keine Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge zu zahlen.

Reuschel betont bei jeder Gelegenheit, wie gut er es mit den Arbeitern meint, und in welcher seelischer Gedrücktheit er sich befindet, wenn er die Not der Wohlfahrtsempfänger sehen muß. Die revolutionären Arbeiter von Rothensbach wissen, wie sie Herrn Reuschel einschätzen haben. Nun, dieses Schulbeispiel dürfte wohl den letzten Arbeitern die Augen öffnen über das „soziale“ Empfinden dieses nationalen Herrn. Reuschel ist noch nebenbei ein recht fleißiger Kirchgänger, und man sieht ja an den oben angeführten Tatsachen seine „christliche Nächstenliebe“. Die Wohlfahrtsempfänger sehen an diesem Beispiel, daß sie von der ausbeutenden Klasse nichts zu erwarten haben, sondern daß Arbeit und Brot nur errungen werden kann durch die Beseitigung dieses bankrotten kapitalistischen Systems. Deshalb, Wohlfahrtsempfänger und Erwerbslose, kämpft mit der kommunistischen Partei und werdet Mitglieder der KPD. Marschiert mit den Betriebsarbeitern zum Reichserwerbslosentag am 19. April.

Wenn es zur Hälfte

daß 3; Pfg.-Zigaretten den Raucher nicht befriedigen — weshalb sind

dann 50% aller in Deutschland gerauchten Zigaretten 3; Pfg.-Marken?

Und weshalb ist jede vierte 3; Pfg.-Zigarette mit Gold eine CLUB



Der Schwimmer

Nebel und Schaum

„Der weite Blick“ — alles wie es war

Wie Hitler auf die Massen wirkt, wie ihm die Massen einfach das Unglaublicke glauben? Ich werde Ihnen eine Anekdote erzählen:

Da lag in einem kleinen Städtchen ein Wunderrabbi, umringt von seinen Anhängern. Der Rabbi hatte den Eindruck, daß das blinde Vertrauen, das ihm seine Anhänger entgegenzubringen pflegten, zu schwinden beginnt. Er spürte, daß er etwas tun müsse, um das gelungene Vertrauen wieder zu heben. Plötzlich erklärte er eines Abends den um ihn stehenden Anhängern, daß die Stadt Prag brenne. Sein Städtchen war ungefähr 1000 Kilometer von Prag entfernt. Mit Bewunderung blieben seine Anhänger zu ihm auf. Er sah die Wirkung und erklärte weiter: Ganz Prag ist abgebrannt. Kein Stein ist auf dem anderen geblieben.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Geschichte vom Brand in Prag über das Städtchen. Alle sprachen von der gewaltigen Kraft, die dem Wunderrabbi innewohne, daß er von so großer Entfernung wissen könne, was in Prag vorgeht. Ja, ja, sagten die meisten, das Wunder ist doch kein leerer Wahn. Und viele bedauerten die arme Stadt Prag, die ein Raub der Flammen geworden ist.

Nach einigen Tagen tauchte ein Mann aus Prag im Städtchen auf. Er bildete den Gegenstand des allgemeinen Mitleids. „Wie ist das nur geschehen?“, — fragten ihn die Leute.

„Was denn?“
„Daß Prag abgebrannt ist?“
„Prag soll abgebrannt sein? Ich bin ja gestern aus Prag gekommen. Keine Spur von einem Brand. Wer hat euch denn das erzählt?“

„Unter großer Wanderrabbi!“
„Da hat er euch was Schönes vorgemacht.“
„Ob es gebrannt hat oder nicht gebrannt hat,“ bemerkte einer der fanatischen Anhänger, „ist nicht wichtig. Wichtig ist der Scharfblick unseres großen Wunderrabbi, der 1000 Kilometer durchdringen konnte.“

Jetzt verstehen Sie, wie die Massen Hitler nachlaufen. Man achtet einfach nicht auf die Tatsache, sondern berauscht nur an den leeren Worten. Vor dem 13. März hieß es, am 14. er-

nicht das Reich der Macht und Herrlichkeit“. Dann hieß es, der 10. April bringt die Entscheidung. Aber wichtig ist der Blick — das hohle Wort....

Und die sozialdemokratischen Führer? Wo sie den Mut hernehmen, noch vor die Massen zu treten, nachdem sie noch vor 14 Jahren erklärt hatten, daß die Sozialisierung marschiert, und heute nur die Arbeitslosigkeit sozialisiert ist und die Arbeiterschaft sich in einem Elend von dergleichen befindet? Nun, ich will Ihnen noch eine Anekdote erzählen:

Ein Mann bestellte einmal in einer Fabrik Ware und erhielt gerade das Gegenteil von dem geliefert, was er bestellt hatte. Er weigerte sich die Ware anzunehmen. Daraufhin wurde er von der Firma verklagt. Nun wendet er sich an einen Rechtsanwalt, der vorgab, jeden Prozeß zu gewinnen. Sie können versichert sein, sagte ihm der Rechtsanwalt, daß Ihre Sache sich bei mir in guten Händen befindet. Ihr Prozeß ist schon von vornherein gewonnen.

Der Tag des Gerichtes kam heran. Der Klient erschien beim Rechtsanwalt, um sich Bescheid zu holen. Er zweifelte keinen Moment, daß er den Prozeß gewonnen habe. Denn erstens war er ja im Recht und zweitens hat es ihm der Rechtsanwalt mit einer solchen Zusage versprochen.

Freudestrahlend begrüßte ihn der Rechtsanwalt. Wo wie ich Ihnen schon von vornherein sagte, habe ich für Sie das Günstigste herausgeholt, was herauszuholen war. Und zwar habe ich es erreicht, durch mein Prinzip, jeden Prozeß durch einen Vergleich, d. h. durch ein Kompromiß zu schließen.

„Welches Kompromiß haben Sie in meinem Fall geschlossen?“
„Keuerlich günstig! Ich habe mich verpflichtet, daß Sie die Ware annehmen und den Betrag bezahlen.“

Das ist ja ein Unglück für mich — schrieb der Klient.

Verstehen Sie? Das sind die Kompromisse der Sozialdemokratie. Auf die Weise „steht“ sie immer. Sie gibt jeder Forderung der Bourgeoisie nach und der Prozeß ist „gewonnen“.



Von der Ueberschwemmungskatastrophe in Rumänien.

Vier Tote bei einem Bergwerksunfall

II. Essen, 12. April. Auf der Zeche „Matthias Stinne III/IV“ verunglückten zu Beginn der Mittagschicht am Montag durch Versagen eines größeren Bruches in der Nähe einer Störung in einem Strebfleiser des Flözes 12 der nordwestlichen Bauabteilung ein Abteilungsleiter und drei Bergleute tödlich, ein Sauer wurde schwer verletzt. Drei der Bergleute konnten bis zum Beginn der Frühlingschicht geborgen werden.

Neunorfer Mordstatistik

Neunorf, 11. April. Aus einer amtlichen Neunorfer Statistik geht hervor, daß im Jahre 1931 489 Personen ermordet wurden, während es 1930 nur 421, 1929 nur 357 und 1928 nur 338 Menschen waren. Die Neunorfer Unterwelt ist an 90 Morden beteiligt. Im Dienst wurden 19 Polizeioffiziere getötet und 39 verwundet. Im Gegensatz zu früheren Jahren sind die amerikanischen Kriminellen von heute hauptsächlich Jugendliche im Alter von 16 bis 21 Jahren. Die weitverzweigten Organisationen des kriminellen Verbrechertums gehen über das ganze Land, unter Benutzung von Flugzeugen, bewaffneten Automobilen, Radio, Telegramm und Telefon können die Gangsters ihre Opfer ganz anders verfolgen als früher. Diese modernen Errungenschaften haben ebenfalls zu der Zunahme der Verbrechen beigetragen.

Die zunehmenden Morde und Verbrechen sind die notwendige Folge der kapitalistischen Krise. Die Arbeitslosigkeit treibt immer größere Teile der Jugend in die Arme des Verbrechens.

Anschlag auf einen Personenzug

Die Reichsbahndirektion teilt mit: Am Sonntag ist der Personenzug 302 auf dem Bahnhof Scharrel auf zwei von unbekanntem Tätern auf die Schienen gelegte Hemmhölzer aufgeföhren. Schaden ist glücklicherweise nicht entstanden.

Attentat auf einen Professor

Wien, 12. April. Heute, nachmittags, wurde vor seinem Wohnhaus der weltbekannte Chrenarzt und außerordentliche Professor Dr. Gustav Alexander von einem Fremden, der auf ihn zutrat, durch drei Revolverkugeln ins Herz getötet. Professor Alexander stand im 59. Lebensjahr.

Der Täter konnte sofort festgenommen werden. Es soll ein aus Skala in der Tschechoslowakei zugewandter 31-jähriger Schneidergehilfe Soukup mit Namen sein. Er behauptet in wirrer Rede, Professor Alexander habe ihn um sein Brot gebracht.

Vulkanausbrüche in Chile

Ungeheure Gebiete bedroht — Aschenregen noch 1300 Kilometer vom Vulkan entfernt Große Verkehrsstörungen

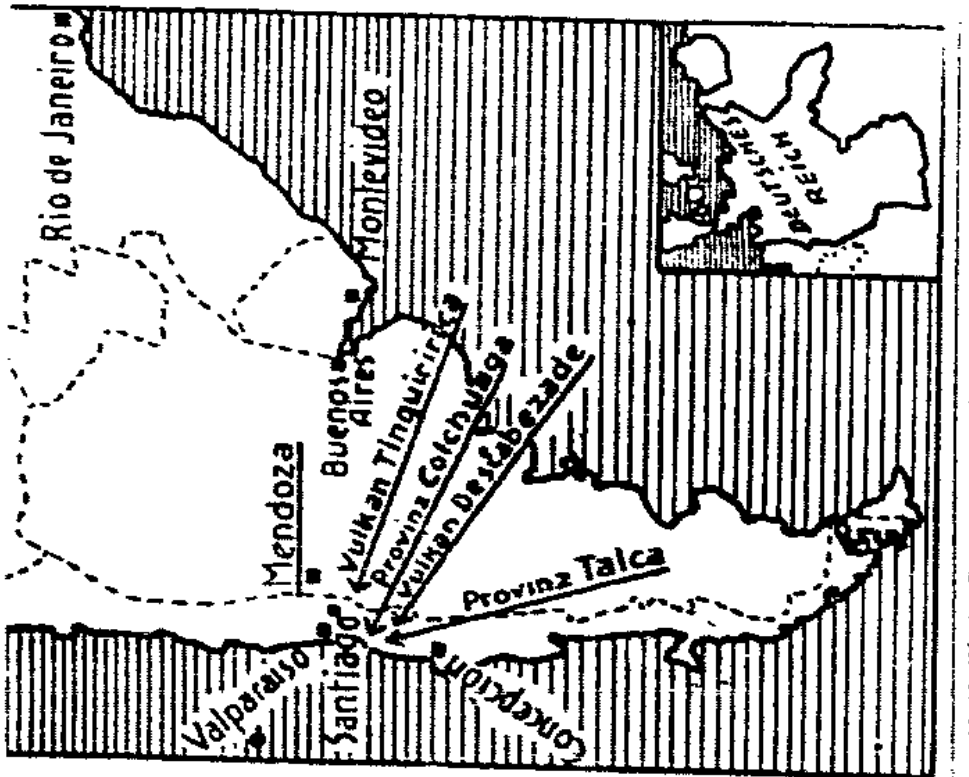
(II.) Santiago (Chile), 12. April. Sämtliche drei Vulkane Descafezudo, Las Negras und Tinguiririca befinden sich seit Sonntag morgen in ununterbrochener Tätigkeit. Trotz der großen Entfernung ist das donnerähnliche Geräusch bis Santiago zu hören. Die nahe der Vulkane gelegenen Städte sind infolge des unaufhörlichen Aschen- und Staubregens vollkommen verdunkelt. Von den in der Nähe liegenden Dörfern ist keine Nachricht vorhanden. Die Bevölkerung leidet unter starker Kälte.

(III.) Buenos Aires, 12. April. In dem Departement Saint Raphael liegt die Asche, die durch

den Ausbruch des Vulkans Descafezudo herausgeschleudert worden ist, bis zu 60 Zentimeter hoch. Südlich von Mendoza wurden verschiedene starke Erdstöße verspürt. Während werden Explosionen gehört. Infolge der Dunkelheit sind die Geschäfte und Banken geschlossen worden. Selbst in Buenos Aires ist die Luft mit Staub erfüllt, der die Bevölkerung stark belästigt.

Das Gebiet der Erdbeben und Vulkanausbrüche erstreckt sich über eine Strecke von über 700 Kilometer. Es reicht von Santiago bis südlich von Concepcion. Ein Vulkan nach dem anderen, die fast alle für erloschen galten, hat seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Unaufhörlich wird der Boden von starken Erdstößen erschüttert. Die ganze Gegend ist mit Aschenwolken bedeckt. Selbst in Montevideo, das etwa 1300 Kilometer von dem nächsten Vulkan entfernt ist, ist dichter Aschenregen gefallen. Viele Leute haben Schirme aufgespannt, andere haben sich Tücher vor Mund und Nase gebunden, um sich vor dem Einatmen der Asche zu schützen. In den Berggebieten werden Menschenverluste befürchtet.

Die Fernspreche und Telegraphenleitungen nach dem Vulkangebiet sind größtenteils unterbrochen. Die chilenische Regierung hat ein Flugzeuggeschwader nach dem Gefahrengbiet entsandt, das Beobachtungen anstellen soll. Im Neuen-Gebiet mußten viele Städte am Tage wegen der Dunkelheit infolge des Aschenregens Licht brennen. Der Aschenregen hat auch große Verkehrsstörungen zur Folge gehabt. So können sich Kraftwagen und Eisenbahnzüge nur mühsam durch die am Boden liegende Asche hindurcharbeiten. Einige Städte in der Provinz Mendoza in Argentinien haben dringend Sauerstoffapparate angefordert, da sie durch Vulkanausbrüche schwer gefährdet seien. Im Berggebiet von Patagonien ist ebenfalls ein Vulkan ausgebrochen, so daß man auch für Südhile große Besorgungen hat.



Verantwortlich: Alfred Dendrich, Berlin.

Autoverfolgung mit Farbbomben

Die Londoner Polizei probiert zur Zeit ein neues Mittel, um flüchtige Automobilisten und Motorradfahrer leichter verfolgen zu können. Man hat Handgranaten hergestellt, die etwa der Größe eines Tennisballs besitzen. Sie sind aus dünnem Blech angefertigt und mit einer klebrigen, schnell hartenden und ebenso schnell verdunstenden, leuchtenden Flüssigkeit gefüllt. Versucht nun ein Automobilist sich der Verfolgung und der Feststellung durch die Polizei zu entziehen, so werfen die Polizisten diese Granate nach dem Auto. Wird das Automobil getroffen, so entleert sich der Inhalt der Granate über dem Wagen und die stark riechende, grellfarbige Flüssigkeit überzieht Teile des Wagens. Da sie schnell brennt und trocknet, kann sie auch von den Insassen nicht befeuchtet werden. Die Passanten müssen also ebenso wie die Polizisten auf das Auto bald aufmerksam werden, das dann schnell festgehalten werden kann.

In den Illerthaler Alpen stürzte der Student Heinrich Lodge aus Dresden auf dem Möckhoden in der Nähe der Berliner Hütte über eine Felswand ab und blieb tot in der Tiefe liegen.

Starker Schneefall in Essen

II. Essen, 12. April. In der Nacht zum Dienstag legte in Essen und Umgebung ein für diese Jahreszeit ungewöhnlich harter Schneefall ein. Die Temperatur sank gleichzeitig bis zum Gefrierpunkt. In den frühen Morgenstunden des Donnerstags trat wieder Tauwetter ein, und der Schnee löste sich auf.

Beide Hände durch den Bliz verloren

In Dorle Kiskis in Ungarn schlug dieser Tage ein Bliz in das Häuschen einer Witwe ein. Dabei ereignete sich der merkwürdige Unfall, daß der in der Küche sitzende, denn durch den Blizstrahl beide Hände abgerissen wurden.

Beim Skilauf verunglückt

Wie aus Innsbruck berichtet wird, unternahm gestern Herr Penzle vom Gasthof Alpenrose, unterhalb der Berliner Hütte in den Illerthaler Alpen, eine Skitour über den Wageder und Möckle-Gletscher auf des Möckle-Dreieck, wobei sie nur dem vollkommen vereisten Abhang abschlüpfte. Ein Teilnehmer, der Student Lodge aus Dresden, wurde tot geborgen, und in die Kasse unterhalb der Berliner Hütte gebracht. Das Schicksal der vier anderen Teilnehmer sowie der genaue Hergang des Unglücks ist noch unbekannt.

Dampfer gestrandet

Der Dampfer „Nobis“ aus Stettin, der mit einer Ladung Granitsteine von Schweden nach Frankreich unterwegs war, ist bei der Insel Amelung gestrandet. Die Besatzung ist gerettet.

Schweres Autounglück

In Kairo stürzte ein Automobil mit 7 Personen in einen Kanal. Sämtliche Insassen, darunter zwei ägyptische Staatsbeamte und ein Offizier, kamen ums Leben.

Breslau

Breslau, den 13. April 1932.

Mieterveranstaltungen Freitag, 15. April, 20 Uhr, in folgenden Lokalen:

Hoffmann, Köpelmühlfraße,
Bräuer, Gabisstraße,
„Oderstrom“, Uferstraße.

Es sprechen die Stadtverordneten Gen. **Brodde, Guhr** und **Zylka** über die ungeheure Wohnungsnot und das Mietersend in Breslau und unsere Anträge im Stadtparlament.

Sozialfaschisten!

Hartlieb. Es ist kaum glaublich, mit welchem Terror die „Eisernen Front-Menschen“ gegen die revolutionären Arbeiter vorgehen, welcher den Grad der Verhetzung durch die sozialfaschistischen Führer kennzeichnet. Als am Freitag vor der Wahl einige Genossen Plakate für die M.D.-Versammlung kleben gingen, wurden sie von dem Sozialdemokraten Caya und Genossen mit Stahlruten geschlagen und zwar dermaßen, daß einer unserer Genossen noch im Bett liegen muß.

Am Sonnabend, als sie glaubten, daß nun alles in der M.D.-Versammlung ist, zogen sie Truppweise von Ort zu Ort, um unsere Plakate abzureißen. Mit Gummiknüppel, Stahlruten, Hundepöschchen und dergleichen, glaubten diese Leute eine Schlacht für Hindenburg schlagen zu können.

In **Hartlieb** hatten sie aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Sie wollten unseren Genossen einreden, sie suchten Hitlerforden. Es stellte sich aber bald heraus, daß sie an Stelle dessen unsere Plakate abrissen und das war ja ihre Aufgabe für den Abend. Die Burschen wurden gestellt. Jetzt bekamen sie ihre Auslagen vom Tage zuvor zurück. Vier Stahlruten, eine Hundepöschchen schlugen etc. über den Schottländer-Saal zu werfen.

Das sind die geistigen Wägen der SPD. und „Eisernen Front“, mit denen sie nicht etwa gegen die Nationalfaschisten, ihre Zwillingbrüder kämpfen, sondern gegen die revolutionären Arbeiter. Gegen die Nazis da kämpfen sie mit dem Mittel der Lächerlichkeit, so hat es der Polizeiminister Zwering ihnen tags zuvor in der Jahrhunderthalle einflößert.

Gegen bewaffnete Nazisbanden mit dem Mittel der Lächerlichkeit, gegen revolutionäre Arbeiter mit Stahlruten und Schlagringe, unter der Führung des Sohnes des Amts- und Gemeindevorstehers **Leinert** aus Altendorf.

Wie lange wollen die ehrlichen, revolutionären Arbeiter der SPD, des Reichsbanners und der „Eisernen Front“ dies noch mitmachen?

Kompol-Abteilungen

Am Dienstag, den 19. April, findet die Fraktionsführung der Stadtverordneten statt.

Mittwoch, den 20. April, nachmittags 5 Uhr, Sitzung sämtlicher Kompol-Funktionäre. Sämtliche Beiratsmitglieder der Massenorganisationen müssen dazu erscheinen; desgleichen nehmen teil Kompolfunktionäre der Provinz, sowie Kreis E.-Kreis E. Massenorganisationen, die noch keine Delegierten zum Kompol-Beirat gewählt haben, müssen dies noch nachholen und sie dazu entsenden.

W. Abteilung Kompol.

Sportvereinigung „Nord-Ost 03“ e. V. im Arbeiterheim, Siebenbrüder-Straße 11/15.

Die roten Pioniere berichten

Ueber Klassenbewußtsein — SWP.-Falken und Vorstoß der roten Pioniere

Arbeiterkinder sind Klassenbewußt

Als ich am Sonnabend am Schloßplatz vorbeiging, auf dem gerade die Nazilundgebung war, hörte ich auf einmal eine bekannte Melodie, die ich stammförmig, von hellen Kinderstimmen gelungener: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit, Brüder, zum Lichte empor“... usw. Da sah ich etwa 20 Arbeiterkinder unter Führung von Pionieren, unter ihnen viele rote Falken, am inneren Stadigraben entlang marschieren. Den Nazis blieb vor lauter Stutzen der Mund offenstehen. Ich merkte selbst zum erstenmal, wie langsamwüßig die Arbeiterkinder sind. Und mancher erwachsene Arbeiter konnte sich diese Kinder zum Vorbild nehmen, die keine Angst haben, sich vor Tamerden von Nazis offen zu bekennen.

Arbeiterkinder grüßen mit „Heil Mostau“

Als ich einmal in der Herzogstraße stand, mit der Antikriegs-Plakette am Mantel, kamen acht Jungens vorbei. Die haben mein Abzeichen, kamen näher und beguteten es sich. Sie sagten „Rot Front!“ und „Nichtig so!“ und gingen weiter. An der Ecke sammelten sie sich, eraten an, marschierten bei mir vorbei. Der eine rief: „Wir begrüßen unseren Kameraden mit einem dreifachen kräftigen im Chor erscholl es: Heil Mostau! Heil Mostau! Heil Mostau!“ — Ohne sich umzusehen, marschierten sie weiter. Das ist wieder dieses selbstbewußte Auftreten...

SWP.-Falken dürfen nicht schießen lernen

Wir M.D.-Pioniere haben regelmäßig alle Wochen in unserem Heim Schießen. Es sind immer einige rote Falken dabei, die gern schießen wollen. Da kam plötzlich ein Falken-Weiter zu unserem Leiter und sagte ihm, er soll die Falken nicht mitschießen lassen. Unser Leiter sagte: „Ja, ich kann ihnen das nicht verbieten, und wenn sie halt schießen wollen, können sie es tun!“ Ich glaube, die roten Falken schießen besser, was nicht eines jeden revolutionären Arbeiterkinder ist, als wie die Falken-Weiter selber. Wir Arbeiterkinder können wollen und wollen mitschießen für ein freies sozialistisches Deutschland.

Ein Pionier.

rote Jungpioniere stoßen vor

Bei uns in **Hartlieb** haben wir jetzt eine Gruppe der roten Jungpioniere gegründet. Gleich beim erstenmal waren 36 Kinder da. Wir haben kein Lokal getrieft und mußten deshalb in den Pferdehallen der Rembahn tagen. Aber wir lassen uns dadurch nicht hindern. Wir werden groß und stark werden. Wir wollen auch der kommunistischen Jugend einen Wettbewerb machen. Wir sind alles begeisterte junge Kommunisten. — „Seid bereit!“

Die Pioniere von **Hartlieb**.

Pioniere! Nun laßt diesmal nicht wieder so lange auf Besuche warten. Die Arbeiterjugend und -mädels wollen noch viel von euch hören, wie ihr den Kampf gegen Notverordnungsdictatur, den

Die Glendsturve steigt in Breslau weiter

Weiteres Ansteigen der Zahl der Wohlfahtserwerbslosen — Nur der Sozialismus bringt Arbeit und Brot

Gleich am vergangenen Freitag der preussische Polizeiminister in seiner Rede in der Jahrhunderthalle den Mund recht voll nahm von der „langsam zurückflutenden Erwerbslosigkeit“, zeigen die Tatsachen, das Gegenteil. In dem nachfolgenden Bericht des Breslauer Magistrats, können die Arbeiter, insbesondere diejenigen, die den „bestgehabten Mann“ dort gehört haben, die Thraie seiner Ausführungen erkennen.

Die Zahl der vom Breslauer Wohlfahrtsamt unterstützten arbeitsfähigen Erwerbslosen betrug am 31. März d. J. 11 107 Hauptunterstützte oder etwa 72 auf 1000 Einwohner. Im letzten Monat (März) hat sich die Zahl um 1323, gegenüber dem Stande vom 31. Oktober 1931 aber um 9775 Hauptunterstützte vermehrt.

Die Gesamtzahl der wegen Erwerbslosigkeit in Breslau unterstützten Personen, also einschließlich der vom Arbeitsamt unterstützten, ist gegenüber dem Stand vom Ende Februar zwar ein wenig gesunken, jedoch fand die Verminderung lediglich beim Arbeitsamt statt; die anwachsende Belastung des Wohlfahrtsamtes drückt sich in dem Grade aus, daß sich nunmehr rund 50 v. H. der Unterstützten in der Betreuung des Wohlfahrtsamtes und etwa 11 v. H. in der Betreuung des Arbeitsamtes befinden.

Es steht auch für den kommenden Monat nicht zu erwarten, daß die saisonmäßige Belebung des Arbeitsmarktes eine Entlastung im Umfange der Fürsorgepflichten des städtischen Wohlfahrtsamtes mit sich bringt.

Aus diesem Bericht spricht aber auch das Manöver des Reichsarbeitsministers Siegenwald und der ADGB-Bürokratie, die mit ihrem „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ nur die Arbeitslosen täuschen wollten, welches ihnen leider noch immer zum Teil gelang.

Bewiß werden circa 1000 Mann bei den Linde-Hofmann-Büch-Verlen Arbeit bekommen, die aber nicht geschaffen, durch den morschen Kapitalismus, sondern durch den aufsteigenden Sozialismus in der Sowjetunion, die dieser Firma einen 20-Millionen-Auftrag erteilt hat. Damit ist der Beweis erbracht, daß nur der Sozialismus Arbeit und Brot bringt, während der Kapitalismus nur Hunger, Not und grenzenloses Elend für die Werttätigen bringt.

Deshalb müssen sich die Werttätigen in Stadt und Land und besonders die Erwerbslosen, hinter die Arbeitsbeschaffungsforderungen der SPD. stellen und mit den außerparlamentarischen Kampf für Arbeit und Brot organisieren und führen. Am 19. April, zum Reichserwerbslosentag, gilt es für die Erwerbslosen, die Straßen für ihre Forderungen zu beherrschen und den Großen, Industrie- und Agrar-Baronen zu zeigen, daß das Proletariat entschlossen ist, den Kampf Klasse gegen Klasse, für den Sieg des Sozialismus aufzunehmen. Diese außerparlamentarische Aktion ist die beste Massenmobilisierung für die Preußenwahl am 21. April, wo es gilt, erneut den Kampf gegen den Hauptfeind der Arbeiterklasse, die Bourgeoisie und ihre soziale Hauptstütze die SPD., zu führen.

Ochlaue Arbeiterin eröffnet die Diskussion

Eine Ochlaue Arbeiterin schickt uns einen Artikel, in dem sie kritisch zur Arbeit der Kommunisten unter den werklätigen Frauen Stellung nimmt. Dieser Artikel, welchen wir fast wörtlich veröffentlichen, soll allen Arbeiterfrauen Anlaß geben, zu diesen Dingen Stellung zu nehmen und uns ihre Meinung zu sagen zu lassen. Fordert auch die SPD. und SWP.-Frauen auf, uns Berichte aus dem täglichen Leben zu schreiben, sie an die Redaktion einzuschicken und mit uns in Diskussion zu treten.

Ochlaue. Als Frau eines Wohlfahrtsamtes kam ich in diesen Tagen zu meinem Vater und fragte ihn, warum in den letzten Wochen das Brot so schwarz aussieht. „Ja, meine liebe Frau, der Staat muß seinen Ernteverrat einteilen, daß er bis zum Herbst reicht, und darum wird das Korn schlechter ausgemahlen und das Mehl ist schwärzer geworden.“

Im ersten Moment war ich sprachlos. Ich habe in der „M.D.“ Bilder gesehen, wo man die Milch ins Wasser gießt. Ich habe gesehen, daß man Weizen als Stroh verbrennt. Der Arbeiter-Konsum in Plauen hat einen ganzen Berg von verdorbenen Mandarinen auf den Schutz gefahren und Arbeitslose suchen nun den Platz ab, um noch etwas Genießbares zu finden. Nachdem es verdorben ist, sollen sie es sich holen, aber vorher können sie im Konsum nichts kaufen, weil sie kein Geld hatten. Die Konsum im Konsum konnten es ja schon vorher den Konsum-Mitgliedern jehenden, dann hatten sie den Transport gespart. Alles dies sagte ich auch dem Vater, aber der ließ sich nicht befehlen. Ein paar Frauen kamen dazu, und nun ging das Klagen über die Not an.

Vielfach hörte ich, daß die Männer dieser Frauen mitschweifen sind, aber die Frauen waren in der Politik so unauferklärt, daß sie

nicht einmal wußten, warum wir den Arbeiterkandidaten Thälmann wählen.

Wir Frauen sind wohl bloß noch dazu da, daß wir für die Beitelviennige die Familie durchbringen sollen. In der Politik sollen wir dumm bleiben. So mancher Kommunist läßt alle Tage mit Zeitungen, Flugblättern und dergleichen umher, aber seine Frau, die nimmt er in keine Versammlung mit. Das ist falsch! Der Mann ist in der Partei um, für die Frau reicht der Beitrag beim besten Willen nicht (?), aber wir können doch trotzdem in die Versammlungen kommen. Immer sieht man nur Männer und sehr wenig Frauen, aber des Sonntags braucht man sich nur vor die Kirche stellen, da ist es umgekehrt, da sieht man nur Frauen und keine (?) Männer.

Thälmann ist ja nun nicht Reichspräsident geworden; da werden die Klängel gleich hängen gelassen. Interessant wäre es, einmal zu erfahren, wieviel Männerstimmen er bekommen hat und wieviel Frauenstimmen. Den „Herren Ehegatten“ würden die Klagen aufgehen.

Nun findet am 19. dieses Monats der Reichserwerbslosentag statt. Die Kommunisten am Ort werden demonstrieren und die SPD- Arbeiter und die vielen Parteien? Haben die keinen Hunger? Gibt es einen kommunistischen Hunger, einen SWP., SPD. und NSDAP.-Hunger? Nein! Alle Hungernden müssen auf die Straße, alle, auch die Frauen und die Kinder! Sieben Millionen Erwerbslose, dazu die Frauen und die Kinder, das ist eine Hungerarmee, die weit größer als 15 Millionen sein wird, viel größer als die Hindenburg-Wählermassen. Da soll einmal eine neue Notverordnung kommen oder Zwörung mit keinen Gummiknüppeln!

Nun noch etwas für die Männer. Glaubst ihr, daß wir für Politik zu dumm sind? Nehmt uns mit in eure Beratungen und gebt uns zu Hause Aufklärung, und wir Frauen werden eine viel größere und bessere Aufklärungsarbeit leisten als die Männer, weil wir Frauen mit den Beitelviennigen wirtschaften müssen und damit die Not und den Hunger in der Familie am besten kennen. Beginnt schon heute in der Familie mit dem Kommunismus und ihr werdet sehen, daß bei der Preußenwahl die Dinge anders sind. Eure Lösung soll und muß immer sein: „Wo ich politisch sehe, demonstriere und kämpfe, ich auch meine Frau!“

Frau P. Ochlaue.

Gesundheitliches

Die Erwerbslosen und der Zoo! Große und anhaltende Erwerbslosigkeit bringt es mit sich, daß auch der Besuch des Zoo für die Arbeitslosen unmöglich wird. Um so anerkanntenswerter ist es, daß sich die Leitung des Zoo unter ihrem Direktor Königmann auch in diesem Jahr bemüht, wenigstens zu einem Teil die Wirkung, eben erwähneter Tatsache dadurch zu mildern, daß für jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat für Erwerbslose der Eintrittspreis nur 20 Pfennig mit Ausweis beträgt, bei vollständigem Konzert.

Verantwortlich für den politischen Teil Provinz und Landes: Kurt Lindner, Breslau. — Für den politischen Teil: Alfred Gendrich, Berlin. — Für Interrete: Albert Gallam, Breslau. — Verlag und Druck: Schließliche Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Dein Geld wird wertvoller von Tag zu Tag!



Bring' dein Geld ZUR STADT-SPARKASSE ZU Breslau/ Dort sparst Du sicher und gewinnst Zinsen

Zoologischer Garten

Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat zahlen Erwerbslose und Angehörige nur 20 Pf. je Person

Pfandleihhaus Grundmann

Breslau, Trebnitzer Str. 21
Verleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmuckstücken

Weine bedeutend billiger!

Biefengebirgs-Rüsterwein Citer 80 Pf.
Biefengebirgs-Gewölzwein Citer 80 Pf.
Wermutwein . . Citer 80 Pf.
Alles mit 5% Rabatt

Paul Feige
Gottesberg — Feilhammer

Unsere Leser kennen das untenstehende Bild. Wir brachten es als Titelseite in unserer Wahlnummer für den 13. März. Nunmehr hat die kommunistische Partei dieses Bild als Zweifarben-Druckbild heraufgebracht. Das ein anrüttelnder Appell an die arbeitenden Männer und Frauen ist, am 10. April an das Elend ihrer Kinder zu denken und nicht die an diesem Elend schuldigen Parteien wieder zu wählen, sondern gemeinsam mit der kommunistischen Partei für eine glückliche Zukunft ihrer Kinder zu kämpfen.

**Das letzte Stück Brot
raubt ihnen der Kapitalismus**



*Kampf
für euch und eure Kinder!*

**WÄHLT KOMMUNISTEN!
WÄHLT THALMANN**



Antikriegstag in London



Unsere Bilder:

Oben: Russische Jungpioniere schmücken das Bild Lenins
Darunter: Antikriegsdemonstration der KPE. auf dem Londoner Trafalgar Square.
Links: Wahlplakat in Zentralasien zu den usbekischen Sowjetwahlen.
Unten: Waldlaufmeisterschaft der roten Sportler Berlin-Brandenburg.
Rechts: Litwinow nach seiner Rückkehr aus Geni auf dem Moskauer Bahnhof.



Schlagt Braun - Brüning - Hitler!

SPD.-Preußen die Hauptstütze der Notverordnungs-Diktatur Brünings

Der Hauptpfeiler der Notverordnungs-Diktatur Brünings ist die Preußenregierung SPD.-Brauns und SPD.-Severings. Die faschistischen Paragraph-48-Maßnahmen, der Lohnabbau, die Unterstüßungskürzung, die Presseknübelung, der Young-Kurs, die imperialistische Politik Brünings wurden unterstützt und überhaupt ermöglicht durch die preußische Regierung, die aus dem eigenem vielfach noch weiter ging.

Braun und Severing sind zugleich die politischen Zwillingbrüder der anderen Stütze der Bourgeoisie, der Nazi-Partei. Braun und Rube, Severing und Goebbel werden wechselseitig von der Bourgeoisie und der Brüningdiktatur gegen die Arbeiterschaft verwandt, die SPD.-Führer sind die Wegbereiter der Nazi-Partei.

Alle Verwirrungsmanöver der SPD.-Führung vom „kleineren Uebel“ und vom „Preußendamm gegen den Faschismus“, alle Wahlmanöver, die vergangenen und die kommenden, erweisen sich als Schaumschlägerei. In Wahrheit gehen grundsätzlich in der Durchführung der faschistischen Diktatur Brüning, Braun und Hitler konform. Hier einige Beweise aus der ungeheuren erdrückenden Fülle der Taten:

Brüning diktiert mit § 48

Die Brüningregierung erließ März 1931 eine Paragraph-48-Notverordnung, durch die die letzten kümmerlichen Reste der Presse-, Versammlungs-, Rede- und Agitationsfreiheit beseitigt werden.

Im Dezember 1931 diktierte Brüning durch den Paragraphen 48: „Mit Wirkung vom 1. Januar 1932 werden die Lohn- und Gehaltsätze, sofern sie höher liegen als die Lohn- und Gehaltsätze des entsprechenden Tarifvertrages für den 10. Januar 1927, auf diese Höhe gesenkt.“

Die Löhne und Gehälter werden also auf den Stand vom 10. Januar 1927 abgebaut.

Severing geht noch weiter

In Ergänzung zu Brünings Notverordnung erließen am 12. September 1931 eine preußische Notverordnung, die u. a. festlegte:

1. Eine nochmalige Kürzung der Bezüge für die unteren und mittleren Beamten.
2. Ein ungeheurer Abbau der Schulen durch Hinauswurf von Lehrern.
3. Die Verminderung der staatlichen und gemeindlichen Kulturaufgaben durch den Abbau des Bildungswesens, der Gesundheitsfürsorge und der öffentlichen Hygiene.
4. Noch weitere Einschränkung der Wohlfahrtsfürsorge in den Gemeinden.
5. Diktatorischen Lohn- und Gehaltsabbau bei den Arbeitern und Angestellten der Staats- und Gemeindebetriebe.

Hitler der dritte im Bunde

Hitler erklärte in seinem Interview mit Anckerbocker (am 12. März 1932):

„Ich werde keineswegs nun sofort alle Notverordnungen der Regierung Brüning rückgängig machen, und ich werde ebensowenig sofort verkünden, daß nun der Vertrag von Versailles zertrüffelt werde. Die Notverordnungen sowie der Versailles Vertrag haben Tatsachen geschaffen, die man nicht einfach dadurch abändern kann, daß man die Notverordnungen aufhebt und den Vertrag zertrüffelt.“

Das Stuttgarter Nazi-Blatt „Courier“, schrieb Oktober 1931:

„Wir fragen Sie, Herr Reichskanzler, war es gedankenleer und phrasenreich, als wir im Reichstag alle jene Anträge stellten, die Sie nunmehr in Ihren Notverordnungen verwirklicht haben?“

Brüning verordnet Sozialabbau

Mein durch die 4. Notverordnung vom Dezember 1931, verordnete die Brüningregierung Beseitigung des Tarifrechts.

Abbau der Krankenversicherungen.

5 Milliarden Lohn- und Gehaltsabbau.

Abbau der Unfallrenten.

Abbau der Invalidenversicherung.

Abbau der Knappschaftsversicherung.

900 Millionen Steuererhöhungen.

Neue Steuern für die Mittelständler.

Teilentzignung kleiner Sparer.

Liebesgaben für die Besitzenden.

Einschneidender Sozialabbau in Preußen

Der Entwurf des Staatshaushaltplans Preußens für 1932 sieht große Sozialabbaumaßnahmen vor. Es werden gestrichen 79 Millionen, u. a.:

für Gewerbeschulen	6 630 000	Mark
für Gemeinbeschulen	53 000 000	"
für Krebsbekämpfung	11 000	"
für Tuberkulosebekämpfung	610 000	"
für Säuglingssterblichkeit	423 000	"
für Krüppelfürsorge	20 000	"
für Jugendfürsorge	2 150 000	"
für Kleinkinderfürsorge	325 000	"
für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten	17 500	"
für Landaufenthalt der Kinder	350 000	"
für Schulgesundheitspflege	15 000	"
für Rinderspeisung	470 000	"

Die Nazis können den Sozialabbau Preußens „nicht rückgängig machen“

In der „Nationalpost“ vom 29. März 1932 schrieb der Chefredakteur des „Angriff“, Dr. Lippert, über die künftige Nazi-Politik in Preußen, daß

„... in Preußen durch die nationale Opposition nicht sofort von dieser Wunderthaten berichtet, die Steuern gesenkt, die Beamtengehälter wieder auf den alten Stand gebracht und auch sonst eine Reihe Maßnahmen des bisherigen Regimes rückgängig gemacht werden kann. Die NSDAP. hat ihren Anhängern schon seit Jahr und Tag (?) ganz unmißverständlich klargemacht, daß sie naturgemäß nicht imstande sein wird (!), sofort und im Handumdrehen aus dem vorhandenen Erümmerfeld einen Staatspalast hervorzuzaubern. Es wird mühevolle und emsige Arbeit im großen wie im kleinen (!) kosten, um erst einmal die Grundlagen einer Wiedergeburt vor allem auf finanziellem Gebiete zu schaffen.“

Brüning: „Der Geist von 1914 ist die Grundlage“ In SPD.-Preußen werden Antikriegskundgebungen verboten

In seiner Rede am 11. März 1931, im Berliner Sportpalast, erklärte Brüning:

„Sie haben sich alle zusammengefunden, welcher politischen Auffassung sie auch waren, in demselben Geiste, in dem Sie, meine Damen und Herren, in dem sich in der Not des Vaterlandes im Jahre 1914 die Angehörigen aller Parteien zusammengefunden haben. Das ist die Grundlage, diese Gesinnung, aus der die Wahl am Sonntag zur Entscheidung und zum Erfolg gebracht werden muß.“

In Preußen SPD.-Brauns wurden in verschiedenen Städten von den SPD.-Polizeipräsidenten Antikriegskundgebungen untersagt.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Orzelski verbot die im Januar 1932 in Berlin vorgesehene Kundgebung gegen den Krieg des japanischen Imperialismus. Die Sportpalastkundgebung gegen den imperialistischen Krieg am 6. April 1932 wurde durch die Severingpolizei aufgelöst, als der Redner das Sprechverbot gegen einen chinesischen Arbeiter ankündigte, der angeblich nicht auf der Rednerliste stand.

Die Nazis begeistert von Japans Kriegsaktionen

Am 19. Dezember 1931 schrieb der „Angriff“ im Anschluß an eine Unterredung, die ein Redakteur des Nazi-Blattes mit dem japanischen Botschafter in Berlin hatte:

„Damit ist die interessante und aufschlußreiche Unterredung beendet. Als wir wieder im brandenburgischen Verkehrsgewühl des Nollendorfplatzes stehen, haben wir das Gefühl, den aufrechten Vertreter einer Macht kennen gelernt zu haben, die selbstbewußt und stark sich auf den Bahnen bewegt, die räumliche Bedingtheiten und völkische (!) Forderungen ihr vorgeichnen. Und es bleibt in uns nur ein tiefes Bedauern zurück, daß deutsche Diplomaten es seit Jahren haben verlernen müssen, eine ähnliche Sprache zu sprechen.“

Für ein rotes Preußen im freien sozialistischen Rätendeutschland!

„Kommunisten stimmen für Hitler“ In den nächsten Tagen

Breslau, den 13. April 1932.

Tiefe Freude und lugerliche Behauptung hatte am Montag die sozialdemokratische und burgerliche Presse in Breslau zum Wahlergebnis am Sonntag ausgehört. Das Ergo der SPD. steht in diesem Char nicht, wenn es gilt, die SPD. zu verleumden. Die sozialdemokratische „Kaltblut“ von vorgestern schreibt unter anderem hierzu folgendes: „... haben mehrere hunderttausend Kommunisten ihre Stimme im zweiten Wahlgang für Hitler abgegeben. Das kam aus den Abstimmungslisten einwandfrei nachgewiesen werden.“

Wir wollen gleich an Hand von Zahlenmaterial aufzeigen, daß die Behauptung der SPD., SPD. und aller übrigen Arbeiterfeinde haltlos ist und nur den einen Zweck verfolgt, die Führerin des Proletariats, die SPD., in den Augen der Arbeiterklasse zu diskreditieren. Sehen wir uns das Wahlergebnis des Wahlkreises Siegnitz näher an: Duesberg hatte im ersten Wahlgang über 62 000 Stimmen. Diese Stimmen teilten sich im zweiten Wahlgang reiflos auf Hindenburg und zum größeren Teil auf Hitler auf. Diese Wahrnehmung kann man in fast allen Wahlkreisen machen. Trotzdem haben Hindenburg und Hitler in diesem Wahlkreis über 2100 Stimmen weniger als Duesberg bekommen. Die SPD. hat 12 700 Stimmen weniger als im ersten Wahlgang zu verzeichnen. Im gesamten Wahlkreis wurden diesmal über 15 000 Stimmen weniger als im ersten Wahlgang abgegeben.

Welche konkrete Schlussfolgerung kann man aus diesen Resultaten ziehen? Der SPD. gelang es nicht, die Wähler vom 13. März erneut an die Wahlurne zu bringen. Sie haben sich an dieser Wahl einfach nicht beteiligt. Die Hindenburg-Hitler-Front hat hier einen Verlust von über 2100 Stimmen zu buchen.

Aus dem Wahlergebnis im Wahlkreis Breslau geht recht sichtbar hervor, daß der Stimmentrückgang der SPD. zum größten Teil auf Wahlenthaltung zurückzuführen ist. Die Partei hat insgesamt über 27 000 Stimmen verloren. Hat diese Stimmen Hitler erhalten? Nein! Es wurden insgesamt über 25 000 Stimmen weniger abgegeben. Die Hindenburg-Hitler-Front kann hier in diesem Wahlkreis 2500 Stimmen mehr als im ersten Wahlgang buchen. Wer hat diese Stimmen profitiert? Die „eisernen“ Hindenburg-Front! Und warum? Die SPD. hat diesmal auch als Organisation ganz offen die Kandidatur Thälmanns sabotiert. Die SPD. hat Propaganda und Agitation für den roten Arbeiterkandidaten nicht getan. Es haben sich vielmehr SPD.-Funktionäre ganz offen in den Dienst der Hindenburg-Propaganda gestellt. Und deshalb kann man schlussfolgern, daß sich die SPD.-Arbeiter entweder gar nicht an der Wahl beteiligt, oder aber für Hindenburg als das „kleinere Übel“ gestimmt haben. Diese Klusion der SPD.-Arbeiter muß durch eine kameradschaftliche Aufklärungsarbeit zerstört werden. Die vor allem in den letzten vierzehn Tagen in geteilterem Maße in der „S.A.“ und in den Versammlungen der SPD. geführte Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die SPD. und ihre Funktionäre hat es vermocht, daß die SPD.-Proleten diese Haltung eingenommen haben. Die SPD.-Führer haben immer und immer wieder erklärt, daß die Aufstellung des roten Arbeiterkandidaten, Genossen Thälmann, durch die SPD. ein Verbrechen war. Die SPD.-Arbeiter wurden dadurch verwirrt gemacht. Auf der einen Seite gaben die SPD.-Führer ein Lippenbekenntnis für (1) Thälmann ab, und auf der anderen Seite redeten sie von einem Verbrechen der SPD. und forderten immer und immer wieder einen gemeinsamen (1) Kandidaten mit der SPD., trotzdem diese sich schon jederzeit ganz offen für Hindenburg entschieden hatte. Wir haben es hier offen in Breslau nicht verstanden, diese Verleumdungskampagne der SPD.-Führer zu parieren, und die Einheitsfrontpolitik von unten durchzuführen, um die Arbeiter der SPD. ideologisch in die rote Einheitsfront einzugliedern.

Und auch das Ergebnis der Stadt Breslau läßt bei näherer Betrachtung zu einer solchen lügenhaften Behauptung, daß Kommunisten Hitler gewählt haben, nicht zu: Die Hindenburg-Hitler-Front hat hier ein Plus von 6600 Stimmen. Die Partei hat 14 600 Stimmen verloren. Und insgesamt sind 10 700 Stimmen weniger abgegeben worden. Das charakteristischste bei den in Breslau abgegebenen Stimmen ist, daß gegenüber dem ersten Wahlgang auf über 10 000 Stimmstimme mehr gewählt worden ist. Die SPD. hatte ihre Stimmstimmen aus der ganzen Provinz am Tage vor der Wahl nach Breslau zusammengezogen. Deshalb haben einige Tausend Nazis, die über den Sonntag in Breslau verblieben, mit dem Stimmstempel gewählt. Und deshalb gehen auch hier die der SPD. verlorenen Stimmen in nicht unbeträchtlichem Maße auf Wahlenthaltung. Der geringere Teil, daß sind vor allem die Stimmen der SPD.-Arbeiter, haben Hindenburg gewählt. Und so ähnlich liegen die Dinge in den anderen Wahlkreisen Deutschlands gelagert.

Es wäre falsch, die Augen davon zu verblenden, daß zu diesem Ergebnis für die Nationalsozialisten auch Arbeiterstimmen beigetragen haben. Arbeiterstimmen, die einerseits revolutionäre Rageduld von solchen Arbeiterschichten verlor, die mit der Wahl Hitlers glauben, ein bestmögliches Heranreifen einer revolutionären Kraft herbeizuführen. Diese Tatsache trifft vor allem auf die Stadt Breslau zu, wo angenommen werden kann, daß an ihrer elenden Lage verweilende Erwerbslose der sozialen Demagogie der SPD. glauben schenken und Hitler ihre Stimme geben.

Wir müssen als Kommunisten sehen, daß andererseits aber auch die Ursache für solche Entschlüsse bestimmter Arbeiterschichten der fehlende Glaube an die Kraft der eigenen Klasse ist. Wir müssen sagen, daß bezügliche Stimmungen nicht hätten auskommen können, wenn es der Partei gelungen wäre, in der Zeit zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang durch eine Vertiefung der Kampfmaßnahmen und Massentaktionen, durch organisierten Widerstand gegen das Erwerbslosentum und gegen den teilweise schon einsetzenden neuen Lohnabbau, den Glauben an die Kraft des Proletariats zu stärken.

Die Partei hat in den beiden schließlichen Wahlkreisen Breslau und Siegnitz 40 000 Stimmen weniger bekommen. Diese Wähler haben zum allergrößten Teil Wahlenthaltung geübt. Und warum haben sie das? Der Genosse Thälmann hatte in seiner Rede in der Jahrhunderthalle bereits hingewiesen, daß im zweiten Wahlgang von dem kommunistischen Wähler ein noch viel höheres Klassenbewußtsein verlangt werde, als im ersten Wahlgang zur Präsidentschaft. Und dieses höhere Klassenbewußtsein fehlte bei all diesen Wählern, die diesmal nicht erneut ihre Stimme der Kampfkandidatur der SPD. gegeben haben. Aus gelang es auch beim zweiten Wahlgang in unserer revolutionären Massenarbeit nicht, mit aller Schärfe den Charakter der Kampfkandidatur des Genossen Thälmann herauszuarbeiten und die arbeitenden Massen darüber aufzuklären, und die nach vorhandenen parlamentarischen Illusionen vollends zu zerstören.

Aus welchen Gründen haben die Wähler, die im ersten Wahlgang Thälmann stimmten, jetzt Hindenburg gewählt? Sie sind auf das Verhängnis vor allem der SPD. hereingefallen, daß die Kandidatur Thälmanns eine Wahlkandidatur sei. Die noch bei diesen Wählern

SA.-Verbot, neue Wahlbombe Severings

Breslau, 13. April. Wir haben vor einigen Tagen vertrauliche Informationen aus dem Parteizentralbüro der SPD. veröffentlicht, daß die Preussische Regierung mit Rücksicht auf die Brüning-Broener-Regierung von einem Verbot der SA. Abstand genommen habe, obwohl seit Januar genügend Belastungsmaterial vorliege. Wie wir erfahren, ist in letzter Zeit in den Reihen der Zentrumsführung die Meinung verlärt worden, ein Verbot der SA. auszusprechen. Der Prälat Dr. Haas hat ein Schreiben mit dieser Forderung an den Reichsminister Brüning gerichtet. Das Zentrum will durch ein Verbot der SA. die NSDAP. „regierungsfähig“ machen und sie in kurzer Zeit in die Reichsregierung sowie in die Länderregierungen einbeziehen.

Wir sind heute in der Lage, mitteilen zu können, daß das Verbot der SA. bereits in den nächsten Tagen, und zwar noch vor den Preussischen Wahlen bestimmt ausgesprochen werde. Wir erfahren durch unseren Gewährsmann, daß auch die hiesige NSDAP.-Leitung von dem bevorstehenden Verbot informiert ist und bereits alle Maßnahmen hierzu getroffen habe. Das Verbot kommt für die NSDAP. also nicht unerwartet.

Severing will mit dem SA.-Verbot eine besondere Wahlbombe platzen lassen. Das Zentrum verpflichtet sich ebenso wie der Parteivorstand der SPD. von einem solchen Verbot, das natürlich auf dem Papier stehen bleiben wird, ein Anwachen der SPD.-Wählerkraft zu den Preussischen Wahlen, weil bei den antinazistischen Wählermassen und vor allem bei den SPD.-Proleten ein Kampf gegen den Nazifaschismus vorgetäuscht werden soll. In Wirklichkeit handelt es sich um die Vorbereitungen der Einbeziehung der Nazis in die Reichsregierung, um gemeinsam mit ihnen eine härtere Orientierung auf die Zusammenarbeit mit dem französischen Imperialismus und gegen die Sowjetunion durchzuführen.

Severing hat in seiner Hamburger Rede am 6. April sich für eine solche Regierungsbeteiligung der Nazis, unter Zurückstellung ihrer radikalen Elemente, ausgesprochen.

„Wir werden mit allen Gruppen und Parteien zusammenarbeiten,

die über den Rahmen ihrer Parteimotive hinaus das Wohl des Landes im Auge haben.“

„Ich wünsche, daß die Nazis eine Partei wären, die geführt wird von klaren politischen Köpfen. Ich würde gerne mit einer solchen Partei ein Stück des Weges des Wiederaufbaues gehen.“

„Wenn die Nazis das sind, dann bin ich der Überzeugung, daß wir der Mitarbeit der Nazis an den Regierungsgeschäften nicht abgeneigt gegenüberstehen.“

Das ist ein klares Angebot an die Nazis zum Eintritt in die Regierung. Die Sozialdemokratie wird diesen Regierungseintritt tolerieren.

Ein SA.-Verbot mitten in der Wahlkampagne würde bei den Wählermassen der NSDAP. natürlich eine größere Empörung hervorrufen und das Wahlergebnis bei den Preussischen Wahlen für die Nazis beeinflussen. So könnte Hitler bei seiner Einberufung in die „vernünftige“ Regierungspolitik der Notverordnungsdiktatur noch ein politisches Geschäft aus dem SA.-Verbot machen.

Die Arbeiterklasse muß diese sozialdemokratischen Betrugsmanöver nicht nur erkennen, sondern muß dagegen den schärfsten Kampf aufnehmen. Durch das auf dem Papier stehende Verbot wird der faschistische Terror gegen die klassenbewußte Arbeiterklasse nicht eingebremst, geschweige beseitigt! Wir haben gerade hier in Breslau ein Beispiel dafür, daß Verbote gegen die Nazis nicht ernst zu nehmen sind. Herr Lüdemann hatte seinerzeit die hiesige Ortsgruppe der NSDAP. verboten. Wir richten an die SPD.-Arbeiter die Frage: Hat man hier in Breslau von einem solchen Verbot etwas gemerkt? Hat der unter sozialdemokratischer Führung stehende staatliche Machtapparat darauf geachtet, daß das Verbot wirklich durchgeführt wurde?

Die Fragen sind durch die vorhandenen Tatsachen nicht schwer zu beantworten. Deshalb keine Severing-Verbote, keine Wahlbomben der SPD., sondern nur die Massenkraft der roten Einheitsfront unter Führung der SPD. schlägt den Faschismus. Am 24. April muß die Arbeiterklasse durch die Stimmenabgabe für die SPD.-Liste ihrer Kampfeswillen erneut bekunden.

Litwinows neue Friedensrede in Genf

Unerschütterliche Friedenspolitik unseres sozialistischen Vaterlandes trotz aller kriegsverbrecherischen Provokationen — Litwinow kündigt Bankrott der „Friedens“konferenz an

Genf, 12. April. Heute wurde der imperialistische Interessenkampf in Genf unterbrochen durch eine einhändige, klare, eindeutige Friedensrede des Genossen Litwinow als Vertreter der Sowjetregierung.

Genosse Litwinow begründete den nach Ablehnung der vollständigen Abrüstung eingebrachten Sowjetvorschlag für eine sogenannte progressive und proportionale Abrüstung, deren Wesen darin besteht, daß der Prozentfuß der quantitativen Rüstungsbeschränkung um so höher sein soll, je größer die Rüstungen des Staates sind. Entsprechend der Intensität eingezeichneten Rüstungsfortschritts sollen Armeen von mehr als 200 000 Mann um 50 Prozent vermindert werden, während Armeen unter 30 000 Mann keinerlei Verminderungen unterliegen und die Herabsetzung der dazwischen liegenden Armeestärken sich zwischen 0 und 50 Prozent bewegen soll.

Litwinow erklärte, daß die Sowjetdelegation alle Versuche bekämpfen werde, die die Aufgaben der Konferenz auf eine bloße Begrenzung der Rüstungen verengern wollen, und daß sie andererseits, was die Rüstungsherabsetzung betrifft, die unterschiedslose Anwendung eines einheitlichen Prozentfußes für die Stärksten und Schwächsten für ungerade hält. Obwohl der Sowjetstaat seinen Wesen nach keinerlei imperialistische Ziele verfolgen könne, in keiner Weise nach dem Erwerb neuer Gebiete oder von Kolonien strebe und niemals Truppen oder Kriegsschiffe zur Verteidigung seiner Bürger oder in irgendeiner nationalen Interessen in fremdes Gebiet entsandt habe, sei die Sowjetarmee doch bereit, auch ihre Armeen unter die 50prozentige

Herabsetzung lassen zu lassen. Der gleiche Grundsat, wenn auch mit anderen Zahlen, müßte auf die See- und Luftkräften angewandt werden.

Wenn der russische Vorschlag keine Armeen von der Herabsetzung ausnehmen wolle, so geschähe das unter der Voraussetzung, daß keine militärischen Bündnisse zugelassen werden, oder daß die Streitkräfte militärisch verbündeter Staaten entsprechend ihrer Gesamtstärke herabgesetzt werden.

Im Bezug auf den geistigen amerikanischen Vorschlag erklärte Litwinow, folterte Vorschläge für die Abschaffung einer bestimmten Art von Rüstungen seien nicht dazu angetan, die Probleme zu vereinfachen, da die Besitzungen der verschiedenen Waffenkategorien sich über in den einzelnen Ländern verchieden seien und deshalb die Abschaffung bestimmter Waffen die Verteidigungskräfte der einzelnen Länder verchieden beeinflussen würde.

Nachdem die Abrüstungskonferenz in ihrem ersten Tagungsabschnitt den epochenmachenden Beschluß gefaßt habe, die totale Abrüstung nicht in Aussicht zu nehmen, so habe sie jetzt vor der Frage ab die hier vertretenen Staaten bereit seien, ihre Rüstungen, wenn auch nur teilweise, so doch wesentlich herabzusetzen. Sei die Antwort wiederum negativ, so werde es unmöglich sein, den Bankrott der Konferenz durch irgendwelche Seitenbrünge, wie Entschuldigungen oder moralische Abrüstung, zu überbrücken oder auch über die Abschaffung der einen oder der anderen Waffe zu verhandeln.

Krupp gibt zu: Truste finanzieren Hitler!

Bei der letzten Aufsichtsratsitzung der Krupp-WG. in Essen hat, wie der staatsparteiliche Abg. L e m m e r mitteilt, Herr K r u p p von Vohlen und Halbach gegenüber zwei Betriebsratsmitgliedern erklärt:

„Ein Teil der in der Gruppe Nordwest zusammengefaßten Unternehmer hat die Nationalsozialisten finanziert, jener Teil, der hofft, über Adolf Hitler und eine „kleine Inflation“ seine Schulden loszuwerden!“

Seit Generationen kämpfen die deutschen Arbeiter gegen die kapitalistischen Freiberber, denn dies sind die Blutsfeinde aller Werktätigen. Und jetzt steht es schwarz auf weiß fest, daß diese Piraten das Geld, das sie in Form des Lohnabzugs den Arbeitern abnehmen, für die Bezahlung der Sakentkruzer als Soldtruppe des Großkapitals verwenden. Diese Tatsache muß man an alle nationalsozialistischen Werkstätten herandrängen, auch an die Kreise des Mittelstandes, die doch durch die Monopolpolitik der Truste zugrunde gerichtet werden, derselben Truste, die Hitler bezahlte.

Der andere Teil der Unternehmer, mit dem Herr Krupp persönlich harmonisiert, bezahlte die Hindenburg-Propaganda, die vor allem von der Sozialdemokratie getragen wurde. Neben Krupp

ragen hier Duisberg und Siemens hervor. Und darum sind die

SPD.-Arbeiter, die Hindenburg wählten, genau so betrogen, wie die Angestellten, kleinen Beamten und schaffenden Mittelständler, die Hitler wählten.

Denn die Hindenburg-Front ist ebenso die Front des Lohnabbaues und der Notverordnungen wie Hitlers Bloß. Beide, die Sakentkruzer und SPD.-Führer sind die Stützen des Großkapitals; gegen beide geht unser Kampf.

An unsere Seite, SPD.-Arbeiter! Ihr schlagt euch selbst, wenn ihr nach dem Willen eurer Führer in der Krupp- und Siemensfront steht. Ihr schlagt eure Feinde, wenn ihr mit den Kommunisten marschiert.

vorhandenen parlamentarischen Illusionen waren der Beweggrund, für Hindenburg zu stimmen. Der größte Teil der proletarischen Wähler, die sich der Stimme enthalten haben, hat in diesem Wahlgang die politische Bedeutung des erneuten Kampfgelöbnisses gegen das kapitalistische Ausbeutersystem unterschätzt.

Die große Wahlenthaltung ist vor allem auf unsere ungenügende außerparlamentarische Mobilisierungsarbeit zurückzuführen. Gerade im zweiten Wahlgang zeigte sich eine außerordentliche Schwäche in der Anwendung der Einheitsfrontpolitik von unten. Die rote Wahlführerbewegung ist nicht weiter ausgebaut worden. Wir haben es nicht verstanden, sozialdemokratische, SPD. und parteilose Arbeiter mit zur revolutionären Massenarbeit heranzuziehen.

Am 24. April finden die Preussischen Wahlen statt. Diese kurze Zeit muß von allen unteren Organisationsseinheiten, von allen Mitgliedern

zur Aufrüttelung der arbeitenden Massen ausgenutzt werden. Der Wahlausgang muß gerade uns Kommunisten zur Entfaltung eines Höchstmaßes von revolutionärer Energie, Eifer und Opferbereitschaft veranlassen. Die Proletariat, die diesmal der Wahlurne ferngeblieben sind, die teilweise Hindenburg gewählt haben, können nur durch unsere revolutionäre Massenarbeit wieder zurückgewonnen werden. Wir müssen einen roten Massensturm entfachen in Severing-Preußen gegen die Braun-Brüning-Hitler, für ein rotes Preußen in einem freien sozialistischen Vaterland. Zeigen wir den ausgebeuteten Schichten den revolutionären Ausweg aus Not und Elend; organisieren und führen wir mit ihnen die Kämpfe im Betrieb und auf der Stempelstelle gegen Lohn- und Unterhaltungsabbau, für Lohn und Brot, dann wird es uns gelingen den politischen Masseneinfluß zu festigen und zu erweitern.

Glogau

Herren- und Knabenbekleidung
Adolf Krenzhaner
Markt 18

Tabakhaus
Friedrich Kroll
Gr. Oderstr. 25

Fleischermeister
Berthold Fretlog
Gr. Oderstr. 16

Johannes Berger
Kd.-Ges.
Schokoladen-Geschäft

Gerhard Weber, Canestraße 60
Fahrräder - Nähmaschinen - Radio-Apparate
Eigene Reparatur-Werkstatt

Reserviert 47100

Büro-, Schul- und Zeichenbedarf
Bernhard Döring
Preußische Straße Nr. 55

Reserviert 4. 2.

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Erich Lindner
Langestraße 17

G. Exner & Co. Preußische Straße
Manufakturwaren
Garderoben

Pietrkowski
Markt
Seit 35 Jahren Qualitätswaren
immer am billigsten

Gebr. Kurtze
Inh. Willi Zein, Lange Straße 39
Weinbrennerei u. Likörfabrik
Destillationsausrüstung

Schloß-Apotheke
Langestraße Nr. 42

Wilhelm Müller, Große Oderstraße 28
täglich gute und frische Backwaren

Emil Winkler Langestraße 21
Lebensmittel - Tabakwaren

Paul Kurzke Mälzstraße 41
Schuhwaren aller Art

Trinkt Glogauer
Berthold-Biere

Oskar Klette, Möbelfabrik, Glogau
ist und bleibt die reelle
Bezugsquelle für Wohnungseinrichtungen
und Einzeilmöbel

Schuhhaus Salzmann
Preußischestraße 49

Otto Heinz
fr. Fleisch- und Wurstwaren
Kupferschmiedestraße 7

E. Weißstein Nachf.
Inh. Emil Bröse, Mälzstraße 39
Spielwaren

Franz Ceglarski
Markt - Ecke Kleberstraße
Kleiderstoffe - Baumwollwaren

Bäckerei und Konditorei
Fritz Liebach, Langestr. 46

Paul Pfandke
Brennmaterialien
Dom, Mehnertstraße - Telefon 991

Seifenhaus Gebr. Strumpf
Jetzt Langestraße 33

Drogerie Paul Joerster
Langestraße, Preußische Str. Ecke

Neumarkt

Herren-, Damen-Frisier-salon sep.
Parfümerien, Netze, Toilettenartikel
Eduard Lux, Ring 51

Neusalz a. O.

Besucht die
Florian-Lichtspiele

Stadtbad Neusalz, das Volksbad
Alle Arten Bäder bei niedrigster Berechnung
Sibirische Werke, Adl. Stadtbad

Brot- und Feinbäckerei
Frau Wende & Sohn, Mathildenstraße 14

Trinkt
Neusalzer Brauhaus-Biere

Spare bei der Städtischen
Sparkasse
Neusalz a./Oder

Schnellbesohlanstalt
Gustav Jensch, Berliner Str. 8
Sie können auf jede Besohlung warten

Färberei Schmidt
vorm. R. Haensel, Lindenstr. 15
färbt und reinigt sämtl. Garderobe
zu niedrigsten Preisen

Erich Klose, Schillerstraße 4
Motorräder, Fahrräder, Reparaturwerkstatt

Kauf Blumen für Freud und Leid
Pflanzen aller Art nur frisch in der
Gärtnerei Bahnhofstr. 5, Alfred Exler

Hüte - Mützen - Pelzwaren
kauft man preiswert bei
Johannes Steinbach, Getreide-Markt 5

Obst, Süßfrüchte, Gemüse
Wild, Beilügel
Erich Thamke
Berliner Straße 35

Wash-
und Putzmittel
Mag Jendrich
Bismarckstraße Nr. 22

Lauban

Germania Drogerie
Carl Volz, Markt 16

Verkehrslokal aller Werkstätten
ist die „Börsenhalle“, Markt

Fahrrad- u. Musikhaus Arndt
Weberstraße 26 - Tel. 525

Helene Kelle Weberstraße 16
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren, Fabrik-Reste

Arthur Eichner Nikolaistraße 23
Haus- und Küchengeräte-Magazin

Sächsisches Leinwandgeschäft
C. A. Frenzel & Sohn, Markt

Max Fischer, Markt 10
Schreibwaren, sämtl. Schulartikel

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Karl Lange, Aeuß. Nikolaistr. 2

Anton Pitz, Brüderstraße 13
Mehlenprodukte, Bienenfrüchte, Kolonialwaren

Christian Kasper, Markt
Farben- u. Lacke-Spezialgeschäft

Roßfleischerei * Frühstückstube
Erich Peschel, Rosengasse 6

Roßschlächtere, Frühstückstube
Max Dawidowski, Kreuzgasse 5

Wer gesund bleiben will, trinkt
Dr. Drawes Edel-Mare
23 Tassen kosten nur 90 Pf.
Erbätlich in allen Apotheken u. Drogerien

Reserviert Th.

Wurstfabrik Gerhard Hentschel
Frühstückstube
Versandhaus für Dauerware

Hermann Fiedler, Markt 18-19
Größtes Modewaren-, Konfektions-
und Ausstattungs-Haus am Platze

Arbeiter, deckt euren Bedarf in der
Bäckerei Paul Groß
Lichtenauer Straße Nr. 2

Ernst Wagner, Weberstraße 27
das große führende Einkaufshaus
Modewaren, Konfektion, Ausstattungen

Geräte haben in unserer Zeitung
den besten Erfolg!

Legnitz

Verlangt die guten Piastenbiere
der Legnitzer Aktienbrauerei A.-G.

Kurt Teuchert
12 Kohlmarkt 12
empfiehlt seine
ff. Fleisch-
und Wurstwaren

Bäckerei und Konditorei
Borek
47922 Ermanweg 42

Karl Hayn, Breslauer Straße 39
Fleisch- u. Wurstwaren
Telefon 4657

FESTSÄLE „Wintergarten“
Jeden Sonntag großer Ball

Richard Walther
Gerichtstr. 2 ff. Fleisch- u. Wurstwaren

Paul Jähner
Petristr. 5
Bettfedern-
Spezialgeschäft

Kolonialwaren
Kurt Haupt
46953 Angerstr. 15

Gerhard Eir
Ring 47
ff. Fleisch- u.
Wurstwaren

S. Harlam
Herren- u. Knaben-Konfektion
Ring 46

„Westend Säte“
(früher Sommer-Theater)
Haynauer Straße 109
Heute Sonntag großer Ball

Sagan

Georg Bick Nachf.
Das größte Kaufhaus mit den niedrigsten Preisen

Paul Nawroth, Halbauer Str. 4
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Fleisch- und Wurstwaren
Frühstückstube
Karl Marciniak, Hohestr. 6

Möbel
billig und gut
G. Conrad
Brüderstraße 15

Brot- und
Feinbäckerei
Oskar Cohen
Keplerstraße 16

Union-Einheitspreis
G. m. b. H., Sagan
Anschlußfirma der Wohlwert-
Einkaufs-Gesellschaft, Leipzig
Spitzenleistungen in best. Qualitätsware
10 / 25 / 50 / 75 / 1.- Mk.

Fahrräder, Nähmaschinen, Motorräder
Frei Richter, Replerstr. 31/32

Möbel-Haus Peterknecht
Keplerstraße 48

Lebensmittelhaus Bernhard Baum
Inh. Georg Baum, Brüderstr. 5

Kurt Müller
Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren
Frühstückstube, Keplerstraße 8

Paul Wenger
Markt 20
Komm.-Gesellschaft
Schuhwaren jeder Art

Langenöls

Reserviert H.

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Max Altmann, Schosdorferstr. 42

Papier- u. Schreibwaren
Druckerei sowie Verkehrslokal Waldlaube
Paul Planer, Friedrich-Ebert-Straße 4

Reserviert K.

Kolonialwaren, Lebensmittel
Richard Gotschlich, Hauptstr. 39

Reserviert

Bruno Günther
Größtes Bekleidungs-
Schuhwarenhaus am Platze

Motor- u. Fahrräder, Nähmaschinen,
Kinderwagen, Radio, Eig. Reparaturwerkstatt
Hermann Pornitz, Friedrich-Ebert-Str 20

Greiffenberg

Kauthaus J. Gutmann Kirch-
straße 3
Damenkonfektion, Kleiderstoffe
Weiß- und Wollwaren

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Ernst Schorf, Bahnhofstr. 53

Walters Gasthaus
Verkehrslokal der Werkstätten
Inh. G. Trogisch, Laubauer Str. 34

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Hermann Feist
Hirschberger Straße Nr. 53

Frei Berger, Kühnbergstraße 16
Frühstückstube
empf. la Roßfleisch, sowie pa. Roßbistritz

Elektr. Bedarfsartikel, Radio und Klein-
beleuchtung, Haus- und Küchengeräte
kauft man bei **Woll**, Ring 30

Schwarzwaldau

Schuhhaus
Reparaturwerkstatt
solide Preise
Paul Ritter & Sohn

Fahrräder - Motorräder
Reparaturwerkstatt
Tankstelle
Reinhold Fichtner

Grünberg

Dresdener
Spezial-Bäckerei
empfiehlt sich
G. Spieler
47110 Breitestr. 24

Lebensmittelhaus
Robert Mattner, Berliner Straße 44

Frei Baumgart, Molkerei-Gezeugnisse
Berliner Straße 1 - Tel. 737

Schuh-Jügel
Bismarckstr. 4b
Billig

Möbel kauft Ihr preiswert bei
Otto Schulz, Burgstraße 17

Reserviert 21. 1.

Lange's Drogenhandlung
Inhaber: Oskar Koser
Postplatz 3, Filiale: Berliner Straße 61

W. ZILMER
Pose Nachfolger, Niederstraße 28
reinigt färbt,
wäscht, plüsiert alles

Gustav Staub
Beste Bezugsquelle für
Woll-, Weiß- u. Manufakturwaren
Berufskleidung, Ring Nr. 35

Milch die beste und billigste Nahrung
für Kinder und Erwachsene
Molkerer Lättnitz
Schützenstraße 17
Filiale Neumarkt, Niederstraße 53

Schuhwaren aller Art
„Salamander“
Rudolf Wunnow
Ring 21-22

Weinl Grünberger
Bräu- u. Bier- u. Wein- u. Spirituosen

Butter-Handlung Künella

Bunzlau

Bruno Ullrich, Zollstraße 14
Stumpf- und Wollhaus

Sortimentshaus
Theophil Rosenthal
Markt

Reserviert 47515

Reserviert 47518

Drogen - Farben - Foto
Erich Standke, Zollstr. 9

N. Tschorn
Schloßstr. 17
Lebensmittelhalle

Haynau

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Bruno Selter
Stockstraße 8

Kauft bei **Theiner** Ring 27

Kurt Gäbler
Inh. Lude Gäbler
Kolonial-, Feinkost-,
Tabakwaren,
47932 Wilhelmstr. 12

Fortgeschrittliche
Besohlanstalt
Otto Jannek
Stockstraße 8

Herren- u. Knaben-Geschäft
Frei Beier
Bahnhofstr. u.

Zigarrenhaus
Walter Senftleben
Ring 35.

Fahrradhaus
Gebr. Jommer
47934 Bahnhofplatz 2

Reserviert D.
47929

Fraustadt

Central-Kaufhaus
Größte Auswahl - niedrigste Preise
Zweitelmerstraße 9 11

Walter Friedländer
Herren- und Knabenkleidung
Schuhmacherstr. 9

Reserviert 23045
47538

Hse Korant
Breitestr. 5
Gute Qualitäten
zu niedrigen Preisen